Nummer 31 Hamburg, den 3. August 1912 25. Jahrgang

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,40

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 ₰ für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet.

Unsere Grundsätze.

I.

Der Deutsche Bauarbeiterverband bestimmt sein Tun und Lassen nach folgender Erkenntnis: Zwischen den beiden Klassen der Arbeiter und der Unternehmer bestehen tiefe Gegensätze der materiellen und rechtlichen Interessen. Diese Gegensätze ergeben sich aus der Verschiedenheit des Besitzes: der Arbeiter hat keinen Besitz, von dem er zehren oder mit dem er seine Arbeitskraft verwerten kann; er ist darum, um leben zu können, gezwungen, seine Arbeitskraft an einen andern zu verkaufen, der etwas besitzt, um die Arbeitskraft zu verwerten und zu bezahlen; das ist der Unternehmer, der einen Produktionsbetrieb besitzt. Dadurch, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft an den Unternehmer verkauft, vereinigt er sich zwar mit diesem zu einem gemeinsamen Zwecke, nämlich zur Erzeugung gesellschaftlich verwertbarer Güter, aber dadurch vereinigen sich noch nicht ihre Interessen. Die Erzeugung von Gütern ist nicht Selbstzweck, weder beim Arbeiter noch beim Unternehmer. Beiden kommt es nur darauf an, zu verdienen: der Arbeiter will Lohn, der Unternehmer Profit. Die Produktion von Gütern ist zwar gesellschaftlich notwendig; aber Arbeiter und Unternehmer widmen sich ihr nicht, weil sie gesellschaftlich notwendig ist, sondern weil sie dabei Lohn beziehungsweise Profit verdienen können. Darum kommt der gemeinsame Zweck in ihrem Verhältnis nicht zum Ausdruck, dies wird vielmehr durch das beiderseitige Streben nach Lohn beziehungsweise Profit bestimmt. Dies Streben läßt keine Harmonie der Interessen aufkommen; es läuft nicht parallel ⇉ sondern diametral →←. Der Arbeiter will den Lohn möglichst erhöhen, der Unternehmer will den Lohn möglichst niedrig halten, um seinen Profit zu erhöhen. Der Arbeiter strebt nach kurzer Arbeitszeit, der Unternehmer nach langer Arbeitszeit. Jeder sucht seine Interessen zu wahren und kann es nur auf Kosten des andern. Es ergibt sich also ein Interessengegensatz. Und dieser Gegensatz ist nicht zu beseitigen, solange die Besitzverhältnisse ihre heutige Foerm behalten, solange die Produktionsmittel das private Eigentum einzelner Personen sind. Um das zu ändern, bedarf es einer gründlichen Umwandlung der gesamten gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung.

Dem Streit der gegensätzlichen Interessen zwischen Arbeitern und Unternehmern ist eine bestimmte Entwicklung eigen. Zuerst wird der Gegensatz überhaupt nicht empfunden. Jeder der beiden Teile hält den Zustand für gegeben und unabänderlich. Dann sind es einzelne Personen, denen der Gegensatz zum Bewußtsein kommt und die als Einzelpersonen nach ihren Interessen sehen. Allmählich dringt dies Bewußtsein weiter, wird in immer mehr Köpfen lebendig, setzt immer mehr Kräfte in Bewegung, und so verdichtet sich der Interessengegensatz zwischen den einzelnen Arbeitern und Unternehmern zum Klassengegensatz, der ins Bewußtsein der Klasse tritt und die Klasse zum Kampf für ihre Interessen mobilisiert.

Das natürliche Ziel dieses Kampfes ist die Beseitigung des Gegensatzes, und da dieser in den heutigen Besitzverhältnissen wurzelt, die Umwandlung der Besitzverhältnisse dergestalt, daß das private Eigentum einzelner Personen an den Produktionsmitteln aufgehoben wird, was, wie schon beschrieben, eine gründliche Umgestaltung der ganzen bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung bedingt. Eine solche Umgestaltung ist aber nicht bloß abhängig von dem Willen der Menschen; sie läßt sich nicht willkürlich, weder durch eine Revolution noch durch einen Akt der Gesetzgebung herbeiführen, bevor sie nicht durch die Entwicklung der Wirtschaftstechnik ökonomisch möglich geworden ist. Daraus ergibt sich für das Wesen des Klassenkampfes, daß er einerseits die soziale Umgestaltung in dem beschriebenen Sinne als sein Ziel proklamiert, daß er anderseits die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber der Unternehmerklasse wahrnimmt in dem Bewußtsein, daß es eine Harmonie zwischen beiden nicht geben kann, daß vielmehr der Kampf das natürliche Ergebnis der Klassenscheidung und darum das natürliche Verhältnis zwischen den beiden Klassen ist.

Es ist zu unterscheiden zwischen dem Klassenkampf und dem Kampfe, der um die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse geführt wird — dem Interessenkampf. Bei dem Interessenkampf handelt es sich um gegenwärtig zu erringende materielle, geistige und rechtliche Güter. Die Bedingungen und Formen, unter denen er geführt wird, bestimmen sich nach dem jeweilig erstrebten Ziel und nach den jeweilig gegebenen Verhältnissen. Der Klassenkampf aber ist der Ausdruck des die Arbeiterbewegung beseelenden Willens, die Klassenscheidung zu beseitigen, um auf diesem einzig möglichen Wege zur Harmonie des ganzen menschlichen Gemeinschaftslebens zu gelangen.

Aber trotz dieser Verschiedenheit der beiden Begriffe Interessenkampf und Klassenkampf besteht zwischen ihnen eine tiefinnere Verwandtschaft. Der Interessenkampf, das ist also der Kampf um materielle Verbesserungen für das Leben der Arbeiterklasse, um öffentliche Rechte, um den geistigen Aufstieg, er fordert Organisation; er zwingt die Arbeiterklasse, sich zu organisieren, weil er nicht anders zu führen ist. Aber er zwingt die Arbeiterklasse auch zur Erwerbung geistiger Fähigkeiten, ohne die sie gegen ihre Feinde nicht aufkommen kann. Er erzieht die Arbeiter zur Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten. Er stärkt ihre Widerstandskraft, hebt ihr Selbstbewußtsein, verschafft ihnen eine höhere Lebenshaltung, größere Rechte im öffentlichen Leben; er ist, mit einem Worte gesagt, das Mittel, durch das die Arbeiterklasse mehr Macht erlangt. Und steigende Macht der Arbeiterklasse bedeutet steigende Macht der Klassenkampfidee: Beseitigung der Klassenherrschaft, Befreiung der Arbeit aus den Fesseln des Kapitalismus.

Ausgehend von dieser Grundidee und ständig von ihr beherrscht, hat sich der Deutsche Bauarbeiterverband in erster Linie den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zur Aufgabe gemacht. Die Richtung seines Strebens auf diesem Gebiete wird von drei Erwägungen bestimmt. Zum ersten handelt es sich um die Erhöhung des Arbeitslohnes, zum zweiten um die Verkürzung der Arbeitszeit, zum dritten um den Schutz des Arbeitsverhältnisses vor Willkür und Vergewaltigung. Die Erhöhung des Arbeitslohnes steht darum an der Spitze aller Aufgaben, weil der kulturelle Aufstieg der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn sich die materiellen Lebensgüter vermehren. Wo Not und Entbehrung herrschen, da schwindet die Lebensfreudigkeit, da kann man keinen Mut und kein Selbstbewußtsein suchen, da können keine starken, widerstandsfähigen Menschen gedeihen, da fehlt auch die Lust zum bildenden Lernen. Materieller Wohlstand ist die Grundlage aller Kultur. Dem Streben nach Verkürzung der Arbeitszeit auf ein erträgliches Maß liegen die gleichen und ähnliche Erwägungen zugrunde.

Der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit ist ein Kampf um die Menschwerdung des vom Kapital zum Arbeitstier erniedrigten Arbeiters. Gegenüber der Auffassung des Unternehmertums, die im Arbeiter nur eine profiterzeugende Maschine sieht, muß die Arbeiterklasse zur Geltung bringen, daß auch der auf der niedrigsten Sprosse der sozialen Stufenleiter stehende Arbeiter ein Mensch ist, der den Rechtsanspruch auf das Leben eines Menschen in sich trägt. Die Verkürzung der Arbeitszeit auf ein vernünftiges Maß soll dem Arbeiter Zeit und geistige Spannkraft geben, sich als Familienvater und als Bürger des Gemeinwesens zu betätigen und sich über das Ringen und Streben, Blühen und Reifen im Reiche des Geistes zu unterrichten. Der an eine übermäßig lange Arbeitszeit gefesselte Arbeiter hat diese Spannkraft nicht, er muß geistig und körperlich verkümmern. Daneben bestehen Tendenzen der gewerblichen und sozialen Entwicklung, deren Wirkungen nur durch die Verkürzung der Arbeitszeit aufgehoben und abgeschwächt werden können. Das scheinbar schrankenlose Wachsen der Großstädte vergrößert die Entfernungen, die zwischen Wohnungs- und Arbeitsplatz liegen und bedingt somit eine effektive Verlängerung des Zeitaufwandes für die Erwerbstätigkeit. Die Intensivität der Arbeitsleistung wächst und steigert den Kräfteverbrauch: also einmal Verlängerung der Arbeitszeit durch wachsende Entfernungen, zum andern Erhöhung der Leistungen — diesen Tendenzen entgegenzuwirken, und zwar durch Verkürzung der Arbeitszeit, ist eine unerläßliche Aufgabe unserer Organisation.

Der Schutz des Arbeitsverhältnisses vor der Willkür des Unternehmers soll den in der Theorie aufgestellten und anerkannten Grundsatz der Gleichberechtigung beider Kontrahenten des Arbeitsvertrages praktisch durchführen. Nach der kapitalistischen Theorie soll der Arbeitsvertrag aus der freien Vereinbarung der Kontrahenten, Arbeiter und Unternehmer, hervorgehen. In der Praxis jedoch hat diese freie Vereinbarung niemals mehr als das Recht des Stärkeren, als die Vergewaltigung des Schwächeren durch den Stärkeren bedeutet. Der Schwächere ist in den allermeisten Fällen der Arbeiter. Der Arbeiter, der Beschäftigung sucht, befindet sich meist in einer Zwangslage; er ist ohne Erwerb und kann seine und seiner Familie Existenz nur aufrecht erhalten, wenn er Erwerb findet. Der Unternehmer dagegen, der Arbeitskräfte sucht, kann meistens, wenn er mit dem ersten Arbeiter über die Bedingungen nicht einig wird, ohne merklichen Schaden warten, bis ein anderer Beschäftigung suchender Arbeiter kommt. Der Arbeiter ist also schon bei dem Abschluß des Arbeitsverhältnisses ungünstiger gestellt als der Unternehmer. Aber diese ungünstige Stellung behält er; zu jeder Zeit steht hinter dem Angebot des Unternehmers die stille Drohung der Entlassung, die zur Ausführung kommt, sobald sich der Arbeiter weigert, die Zumutungen des Unternehmers hinzunehmen. Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, Kürzungen des Lohnes und andere Einbußen muß der Arbeiter ruhig hinnehmen, wie sie die Willkür des Unternehmers beschließt. Bei dem Unternehmer kommt der Gedanke, daß der Arbeitsvertrag ein Produkt der beiderseitigen Vereinbarung sein soll, gar nicht auf; er fühlt sich im Besitze der wirtschaftlichen Uebermacht als den Arbeitsherrn, den Brotgeber. Die Festsetzung der Löhne und Arbeitsbedingungen nach seinem Willen betrachtet er als sein gutes Recht. Es erscheint ihm ganz natürlich und selbstverständlich, daß sich der Arbeiter stillschweigend fügt; denn der Arbeiter ist ja von ihm abhängig. Und das Abhängigkeitsverhältnis strebt der Unternehmer auch auf andern Gebieten als dem des Arbeitsvertrages zur Geltung zu bringen. Er versucht, die Freiheit des Arbeiters im privaten und öffentlichen Leben nach seinem Willen einzuschränken, möchte ihm vorschreiben, wie er sich in politischen Dingen verhalten, welchen Vereinen er angehören soll usw. Der einzelne Arbeiter ist außerstande, gegen diese Willkür und Anmaßung des Unternehmers anzukämpfen. Das kann nur die Organisation der Arbeiter. Sie hat die große Aufgabe, den Arbeitsvertrag der Sphäre der Unternehmerwillkür zu entrücken und die Theorie von der Gleichberechtigung beider Kontrahenten des Arbeitsvertrages in der Praxis durchzuführen. Indem die Organisation dieser Aufgabe genügt, schafft sie ein neues, höheres Arbeitsrecht und erstmalig ein wirkliches Recht des Arbeiters. Auf der festen Grundlage eines durch starke Organisationen geschaffenen und getragenen Arbeitsrechtes kann sich die Persönlichkeit des Arbeiters entfalten, kann der durch das Abhängigkeitsverhältnis sittlich verkümmerte Arbeiter zu Selbstbewußtsein und männlichem Unabhängigkeitssinn gelangen. Diese Eigenschaften aber sind die Vorbedingungen einer höheren sittlichen und geistigen Kultur der Arbeiterklasse.

Neben dieser seiner vornehmsten Aufgabe widmet sich der Deutsche Bauarbeiterverband der Förderung der geistigen Interessen seiner Mitglieder. Durch das wöchentlich erscheinende Verbandsorgan, durch Herausgabe von Büchern und Flugschriften, Pflege des Bibliothekwesens und durch Vorträge in den Versammlungen sucht er seine Mitglieder einzuführen in die großen und kleinen Fragen des öffentlichen und beruflichen Lebens. Solchen Kollegen, deren Vorbildung und Anlagen es gerechtfertigt erscheinen lassen, gibt er Gelegenheit zur Erwerbung reicheren Wissens in Unterrichtskursen. Auch die

auf diesem Gebiet geleistete Arbeit soll helfen, die Macht der Arbeiterklasse zu erhöhen. Eng verwandt mit dieser Tätigkeit ist die Pflege der Berufsstatistik, die sich der Deutsche Bauarbeiterverband angelegen sein läßt. Jede positive Arbeit für seine Sache erfordert gründliche Kenntnis von ihr und ihren Beziehungen zum Ganzen des gesellschaftlichen Lebens. Das Organisationsgebiet des Deutschen Bauarbeiterverbandes aber ist außerordentlich groß, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bauarbeiter sind sehr unterschiedlicher Art. Sie der allgemeinen Kenntnis zugänglich zu machen, ist nur durch die Erforschung und zahlenmäßige Darstellung dieser Verhältnisse möglich. Die Statistik zeigt uns, wie groß die Zahl unserer Berufsgenossen ist, wie sie arbeiten, wie sie entlohnt werden. Diese Arbeit geschieht natürlich ihres praktischen Nutzens wegen. Aber ihr ist auch ein nicht geringer allgemeiner wissenschaftlicher Wert beizumessen, und somit erweisen wir mit der Pflege der Berufsstatistik auch der Gesamtheit einen Dienst.

Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft.

III.

Im voraufgegangenen Artikel haben wir nachgewiesen, daß der unaufhaltsame Trieb aller aufstrebenden Agrarstaaten zur Entwicklung einer eigenen Industrie für die Hauptländer Westeuropas mit ihrem hochgesteigerten Industrialismus die Gefahr mit sich bringt, daß sie ihre wichtigsten agrarischen Ergänzungsländer eines nach dem andern verlieren. Eine solche Entwicklung vollzieht sich natürlich nicht von heute auf morgen; aber sie vollzieht sich immerhin schnell genug, um die Frage nahezulegen, ob nicht von den Staaten mit besonders stark entwickeltem Industrialismus etwas getan werden kann und muß, um sich vorhandene agrarische Ergänzungsländer wirtschaftlich zu sichern, oder um die agrarische Produktivität noch unentwickelter Länder systematisch zu erschließen. Denn je extremer der Industrialismus in einem Lande ausgebildet ist, um so stärker ist seine Abhängigkeit von agrarischen Ergänzungsländern, und um so empfindlicher wird es durch die industrielle Verselbständigung von weiteren Agrarländern betroffen, die ja doch stets mit einer Tendenz zur Preissteigerung landwirtschaftlicher Produkte und mit zunehmender Konkurrenz für Industrieerzeugnisse verbunden ist.

Wie stark sich durch den eigenen wachsenden Industrialismus, durch die industrielle Verselbständigung von großen Agrarländern und durch die Einbeziehung immer neuer agrarischer Ergänzungsländer in den Handesverkehr die Handelsbeziehungen eines Landes im Laufe kurzer Jahrzehnte verschieben, dafür bietet die deutsche Außenhandelsstatistik drastische Beispiele. Von seinen heute industriestaatlichen Nachbarn erhielt Deutschland vor zwei Jahrzehnten noch einen viel größeren Teil seines Einfuhrbedarfs als heute, und im Verkehr mit manchen dieser Nachbarn ist im Laufe der Zeit nicht nur ein relativer Rückgang, sondern sogar ein absoluter Stillstand der Einfuhrwerte zu verzeichnen. Die nachfolgende Uebersicht zeigt, wie sehr die verhältnismäßige Bedeutung der meisten dieser Länder für die Befriedigung des deutschen Einfuhrbedarfs gesunken ist. Deutschland erhielt vom Hundert des Wertes seiner Spezialeinfuhr:

	1890	1900	1910
Großbritannien	15,0	13,9	8,6
Oesterreich-Ungarn	14,0	12,0	8,5
Frankreich	6,2	5,1	5,7
Belgien	7,4	3,6	3,6
Niederlande	7,2	3,6	2,9
Italien	3,3	3,1	3,1
Schweiz	4,1	2,8	1,9
Zusammen	57,2	44,1	34,3

Dieser enorme Rückgang des Anteils unserer heute industriestaatlichen Nachbarn an der Befriedigung des deutschen Einfuhrbedarfs, ein Rückgang um nahezu ein Viertel des gesamten deutschen Einfuhrbedarfs, das Werk einer Entwicklung von nur 20 Jahren, muß sich mit elementarer Gewalt weiter fortsetzen, solange der deutsche Industrialismus weiter wächst. Denn wachsender Industrialismus heißt, eben zunehmender Bedarf an ausländischen Agrarprodukten, und den können die angeführten Nachbarländer um so weniger befriedigen, als sie selber infolge ihres ständig weiterwachsenden Industrialismus nicht nur alle Mehrleistungen ihrer eigenen Landwirtschaft gebrauchen, sondern darüber hinaus noch agrarische Ergänzungsländer in immer größerem Umfang in Anspruch nehmen müssen. Es ist also so gut wie sicher, daß uns diese Länder im Jahre 1925 nur noch 25 pZt. unseres Einfuhrbedarfs liefern können, so daß dann auch die heute noch wichtigsten von ihnen, Großbritannien und Oesterreich-Ungarn, zu ziemlich untergeordneter Bedeutung für den deutschen Einfuhrhandel herabgesunken sein werden. Unsere wichtigsten Lieferanten sind heute Rußland und die Vereinigten Staaten von Nordamerika, deren Anteil an unserer Gesamtversorgung sich in den gleichen 20 Jahren wie folgt entwickelt hat:

	1890	1900	1910
Rußland (einschließlich Finnland)	12,7	12,1	15,8
Vereinigte Staaten von Nordamerika	9,5	16,9	13,3
Zusammen	22,2	29,0	29,1

Im Jahre 1890 stand die Bedeutung dieser beiden Länder für unsere Versorgung noch weit hinter der von England und Oesterreich-Ungarn zurück. Zehn Jahre später war die Bedeutung Rußlands, obwohl relativ etwas gesunken, doch schon größer als die von Oesterreich-Ungarn, und die nordamerikanische Union lieferte nur 3 pZt. mehr von unserer Einfuhr als Großbritannien. 1910 steht die Union um nahezu 5 pZt. höher als Großbritannien oder Oesterreich-Ungarn, und Rußland sogar um mehr als 7 pZt. Aber auch zwischen Rußland und der Union hat sich eine sehr bemerkenswerte Verschiebung vollzogen. Die Vereinigten Staaten haben ihren höchsten Anteil an der Versorgung Deutschlands 1900 und 1901 erreicht, seitdem aber stark nachgelassen. Rußland aber hat gerade in den letzten Jahren eine früher nie gekannte Bedeutung für die deutsche Einfuhr gewonnen. Die Fortschritte der russischen Landwirtschaft seit der Revolution haben sie in den Stand gesetzt, viel größere Produktionsüberschüsse als je zuvor nach dem Ausland abzustoßen. Das kann noch 10 oder 15 Jahre andauern, aber es ist mit einer an Gewißheit grenzenden Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die seit den Revolutionsjahren schnell aufblühende russische Industrie der Ausfuhr von Agrarprodukten schließlich eine Grenze setzen und daß dann an die Stelle der Steigerung ein Stillstand, schließlich vielleicht sogar ein Rückgang der Ausfuhr von Agrarprodukten treten wird. Im Jahre 1890 bezogen wir aus Rußland und Finnland für 542 Millionen Mark, 1900 für 730 Millionen und 1910 für über 1400 Millionen Mark Waren, und zwar zum allergrößten Teil Erzeugnisse der Land-, Vieh- und Forstwirtschaft. Es ist klar, daß die Entwicklung der russischen Industrie, für die alle Vorbedingungen gegeben sind und zu der alle Anstrengungen gemacht werden, einen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung in Industriebevölkerung verwandeln und einen immer größeren Teil der landwirtschaftlichen Produktion selber aufzehren wird. Ob daher die russische Ausfuhr nach Deutschland noch einmal einen derartigen Sprung zu machen imstande ist wie von 1900 bis 1910, ist mehr als zweifelhaft. Aber mit der deutschen Bevölkerung wächst auch der deutsche Industrialismus aus, wächst also auch die deutsche Versorgungsbedürftigkeit mit ausländischen Agrarprodukten unaufhaltsam weiter, so daß nicht etwa ein Nachlassen der russischen Lieferungen, sondern schon ein Nachlassen ihrer Steigerung den deutschen Einfuhrhandel nötigen würde, nach andern Lieferanten Umschau zu halten.

Für die in Rußland zu erwartende Verschiebung gibt die in den Vereinigten Staaten bereits vollzogene ein sehr instinktives Anschauungsbild. Die nordamerikanische Union hat, wie bereits erwähnt wurde, 1900 und 1901 an der Spitze unserer Lieferanten gestanden. In der gleichen Zeit hat die Ausfuhr von Nahrungsmitteln aus der Union ihren Höhepunkt erreicht, und sie ist seitdem nicht nur relativ, sondern sogar absolut gesunken. Die Union exportierte nämlich an Nahrungsmitteln in den Fiskaljahren:

1885/86	für 263,5	Millionen Dollar
1890/91	„ 332,6	„ „
1895/96	„ 348,0	„ „
1900/01	„ 583,0	„ „
1905/06	„ 524,6	„ „
1910/11	„ 385,4	„ „

Ein Sinken der Nahrungsmittelausfuhr um 200 Millionen Dollar, das ist gewiß kein Pappenstiel, sondern eine Tatsache von eminenter weltwirtschaftlicher Bedeutung. Aber mit dieser Tatsache ist noch längst nicht alles gesagt. Die eingetretene Wandlung ist noch sehr viel größer, als sie auf Grund dieser Zahlen aussieht. Denn auch in den Preisverhältnissen hat sich eine große Verschiebung vollzogen. Eine Ausfuhr im Betrage von 385 Millionen Dollar ist im Jahre 1910 quantitativ und qualitativ vielleicht nicht mehr gewesen wie eine Ausfuhr im Betrage von 300 Millionen Dollar 20 Jahre zuvor. In Wirklichkeit ist also der Rückgang seit 1900 noch sehr viel größer, als er nach den nackten Zahlen erscheint. Und auch damit ist die Bedeutung der Wandlung noch nicht voll gewürdigt. Denn für die weltwirtschaftliche Wertung eines Produktionsgebietes als agrarisches Ausfuhrland und damit also als agrarisches Ergänzungsland für die Industriestaaten kommt nicht seine agrarische Bruttoausfuhr, sondern die Nettoausfuhr in Frage, der Ueberschuß seiner Ausfuhr über die Einfuhr an Produkten ähnlicher Art, in diesem Falle an Nahrungsmitteln. Nach der Einfuhrstatistik erhielt die Union an ausländischen Nahrungsmitteln in den Fiskaljahren:

1885/86	für 204,4	Millionen Dollar
1890/91	„ 298,4	„ „
1895/96	„ 248,8	„ „
1900/01	„ 235,9	„ „
1905/06	„ 274,7	„ „
1910/11	„ 353,2	„ „

Die Spannung zwischen Aus- und Einfuhr hat, wie wir sehen, nicht unerheblich gewechselt. Aber der Fall von 250 auf 30 Millionen Dollar in den letzten zehn Jahren ist doch sehr eindrucksvoll. Man muß sich dazu vergegenwärtigen, daß die Haupteinfuhrprodukte Zucker und Kaffee in der Zeit von 1890 ein einzig hohes Preisniveau hatten, was die damals starke Annäherung der Einfuhr- an die Ausfuhrwerte wesentlich erklärte. 1900 standen Zucker und Kaffee sehr viel niedriger, und zehn Jahre später hatten sie sich im Unterschied von den Ausfuhrprodukten der Union nicht erheblich im Preise geändert.

In ähnlicher Weise hat sich auch die Einfuhr von Industrierohstoffen, die aus der Landwirtschaft stammen, außerordentlich gehoben, wofür hier folgende Belege genügen mögen. Die Einfuhr betrug in Millionen Dollar:

	1900/01	1910/11
Pflanzenfasern	22,93	30,75
Häute und Felle	48,21	70,50
Kautschuk	29,82	90,58
Rohseide	30,05	75,00
Wolle	12,53	23,23

Allein bei diesen fünf Warengruppen ist eine Einfuhrsteigerung von 143,5 auf 290,1 Millionen Dollar, also um fast 150 Millionen, eingetreten. Nur die einzigartige Bedeutung der nordamerikanischen Südstaaten für die Baumwollproduktion hat sie bisher noch immer den Vorsprung Nordamerikas als Ausfuhrland für industrielle Rohstoffe agrarischer Herkunft gesichert. Das hindert aber nicht, daß die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen im ganzen immer mehr im Verhältnis zur Ausfuhr von Fabrikaten zurückgeht und da die Fabrikate naturgemäß weniger nach den Industriestaaten als nach den Agrarstaaten verkauft werden, so wächst die Ausfuhr der Union nach den übrigen Ländern der Erde viel schneller als ihre Ausfuhr nach den Ländern Europas, trotz der agrarischen Osthälfte unseres Erdteils. Europa erhielt von den Exporten der Union in den Fiskaljahren:

1890/91	79,68 pZt.
1895/96	76,26 „
1900/01	76,39 „
1905/06	68,82 „
1910/11	63,84 „

In dieser unaufhaltsamen Verschiebung spiegelt sich die wachsende Industrialisierung der Vereinigten Staaten und damit ihre sinkende Bedeutung als agrarisches Ergänzungsland der westeuropäischen Industriestaaten.

Es kann, wie wir schon hervorhoben, vielleicht noch zehn Jahre dauern, bis die Industrialisierung Rußlands so weit vorgeschritten ist, daß dies zurzeit wichtigste agrarische Ergänzungsland Deutschlands das nordamerikanische Vorbild der letzten zehn Jahre nachzumachen beginnt. Alsdann würde Deutschland vornehmlich auf die folgenden agrarischen Ergänzungsländer angewiesen sein, deren prozentualen Anteil an unserer Einfuhr wir hier zur Darstellung bringen:

	1890	1900	1910
Britisch-Indien, Ceylon, Malakka	3,0	3,7	5,4
Argentinien	1,8	3,9	4,0
Britisch-Austral-Asien	1,2	2,0	3,2
Brasilien	3,2	1,9	3,1
Britisch-Afrika (einschließlich Aegypten)	0,9	1,6	3,0
Holländisch-Indien	0,6	1,4	2,1
Chile	1,4	1,5	1,7
Insgesamt	12,1	16,0	22,5

In dieser Aufstellung sind alle agrarischen Ergänzungsländer, Deutschlands enthalten, die ihm 1910 wenigstens 1 pZt. seines Bedarfs geliefert haben, wobei allerdings die asiatischen, australischen und afrikanischen Kolonien Englands je zu einer Einheit zusammengezogen sind. Wir sehen, daß neben den südamerikanischen Kolonie-Hauptländern, von denen Brasilien eine sehr schwankende Rolle gespielt hat und wegen der besonderen Art seiner Lieferungen (Kaffee, Kautschuk, Häute, Tabak) wohl auch in Zukunft spielen wird, die britischen und holländischen Kolonien eine schon recht beträchtliche und ständig wachsende Bedeutung besitzen. Es ist doch immerhin sehr beachtenswert, daß die hier aufgeführten Länder insgesamt ihren Anteil an der deutschen Gesamteinfuhr binnen 20 Jahren um mehr als 10 pZt. gesteigert haben — eine Steigerung, die in absoluten Zahlen nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als daß die Bezüge Deutschlands aus ihnen von 517,4 Millionen Mark im Jahre 1890 auf 2006,2 Millionen Mark im Jahre 1910 gewachsen sind. 1890 lieferten sie uns noch nicht den achten Teil unseres Bedarfs, binnen kurzem werden sie uns bereits den vierten Teil liefern. Hier liegen zweifellos noch Möglichkeiten für unsere Versorgung, die nicht gering eingeschätzt werden dürfen.

Aber alle diese Länder ohne jede Ausnahme sind teils „Siedelungskolonien", teils „Ausbeutungskolonien" Europas. Denn auch Argentinien, Brasilien und Chile, die politisch seit 100 Jahren unabhängig von ihren ehemaligen europäischen Herrscherstaaten Portugal und Spanien sind, konnten zunächst nur als politische Kolonien Europas zu Einwanderungsländern für Europäer werden, und nur ein ständiger, stets wachsender Zustrom europäischer Auswanderer setzt sie gleich Britisch-Südafrika und Australien in den Stand, ihre Bodenproduktivität immer kräftiger zu entfalten. Wir sehen also, daß es nicht angeht, der nordamerikanischen Union, die ja ursprünglich auch europäische Kolonie gewesen ist, gewissermaßen ein geschichtliches Ausnahmerecht zuzuerkennen. In dem Maße, wie sie als agrarisches Ergänzungsland für Westeuropa ausscheidet, und in dem auch Rußland durch den wachsenden westeuropäischen wie seinen eigenen wachsenden Industriekapitalismus den Bedürfnissen der westeuropäischen Industriestaaten nach agrarischen Ergänzungsländern nicht mehr genügt, werden Gebiete der verschiedensten Art in allen Erdteilen zur Befriedigung der Wirtschaftsbedürfnisse erschlossen werden müssen. Es versteht sich, daß das für andere westeuropäische Industrieländer nicht weniger zutrifft als für Deutschland: Großbritannien zum Beispiel erhielt aus seinen Kolonien 1901 rund 20 pZt., 1911 bereits mehr als 25 pZt. seiner gesamten Einfuhr, wobei Aegypten noch nicht einmal mitgerechnet ist.

Es ist darum nichts weniger als ein Zufall oder gar eine Laune der vom Kapitalismus beherrschten Regierungen, wenn wir gerade in unserer Zeit sehen, wie sich die Regierungen der Industriestaaten auf die kapitalistisch noch unerschlossenen Gebiete der Erde werfen, um sie für sich zu okkupieren. Das, was wir Imperialismus nennen, hat in dieser Entwicklung seine Triebkräfte. Die Weltwirtschaft hat das Bedürfnis nach den Produkten jener noch un- oder erst halberschlossenen Länder. Ihre Versorgung mit diesen Produkten bietet lukrative Geschäfte — und was ist für den Kapitalismus weiter notwendig, um ihn zu bewegen, sich mit aller Energie dieser Produktionsländer zu bemächtigen? So wenig das Proletariat diese weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten verkennt, so energisch muß es sich gegen die kapitalistischen Methoden wenden, mit denen die herrschenden Klassen diesen Notwendigkeiten genügen wollen. Je mehr die Erschließung neuer agrarischer Produktionsgebiete wirtschaftlich notwendig wird, um so machtvoller muß das Proletariat um einen größeren Einfluß auf die Leitung des öffentlichen Wesens kämpfen. Es kann nicht seine Aufgabe sein, die Befriedigung realer Bedürfnisse des Wirtschaftslebens zu verhindern, denn darunter würde gerade die Arbeiterschaft am schwersten leiden; aber es muß dafür kämpfen, daß nicht kapitalistische, sondern wirtschaftliche, kulturelle und humanitäre Interessen die Formen und Methoden bestimmen, unter denen sich die notwendige Erweiterung der weltwirtschaftlichen Grundlagen vollzieht.

Wirtschaftliche Rundschau.

Andauernde industrielle Preiserhöhungen. — Eisen- und Kohlensyndikat. — Schiffahrt und Schiffsbau. — Ernteerwartungen. — Zuckermarkt.

Die andauernde Hochkonjunktur kommt in immer neuen Preiserhöhungen zum Ausdruck; zuletzt folgten sich diese auf beinahe allen gewerblichen Gebieten geradezu im Geschwindschritt. Vor allem der Eisenmarkt, dessen Preise zögernder vorwärts schritten wie die überraschend wachsenden Produktionsmengen, nähert sich immer mehr dem Preisgipfel des letzten Höchstjahres 1907. Stabeisen, Bandeisen, Bleche aller Art, Stahlerzeugnisse, Eisendraht, alles fand man in den letzten Wochen auf der Liste der Preissteigerungen. Nachdem der Inlandsmarkt derart lohnender geworden ist, kündigt der Stahlwerksverband endlich eine Verminderung der Ausfuhrvergütungen an. Der Verein deutscher Eisengießereien konnte seine Gußpreise um *M* 1 pro 100 kg erhöhen. Diese Bewegung ist eine internationale, und besonders Amerika, das bei gedrückten Preisen drüben und bei verhältnismäßig günstigerer Konjunktur in Europa immer durch wachsende Ausfuhr und Konkurrenz ein Störenfried zu werden droht, sieht seinen Innenmarkt in erfreulichem Aufschwung, trotz der Unsicherheit, die der bereits begonnene, erst Anfang November endende Präsidentenwahlkampf diesmal wie immer erzeugt.

Auch das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, dessen Grubengewaltige in so rücksichtsloser Weise beim letzten Lohnkampf auftraten, kann sich keine besseren Zeiten wünschen, und es macht aus seiner Befriedigung selber gar kein Hehl. Nach dem soeben der Zechenbesitzerversammlung erstatteten Junibericht ist gegen den Vormonat das arbeitstägliche Durchschnittsergebnis des rechnungsmäßigen Absatzes von 259 153 auf 264 527 Tonnen und das Verhältnis des Absatzes zu den Beteiligungsanteilen von 98,66 pZt. auf 100,75 pZt. gestiegen, womit alle bisher erreichten Monatsergebnisse überholt worden sind. Weiter heißt es in der eigenen Berichterstattung: „Ein ähnlicher Verlauf wie beim rechnungsmäßigen Absatz ist beim Kohlenabsatz zu verzeichnen. Die Nachfrage gestattete die uns von den Zechen zur Verfügung gestellten Kohlen (mit Ausnahme der verhältnismäßig nicht bedeutenden Rückstände, die in einigen Sorten infolge des der Jahreszeit entsprechend schwächeren Verbrauchs für Hausbrandzwecke verblieben) voll abzunehmen. Wie beim rechnungsmäßigen Absatz sind im Kohlenabsatz die Gesamtmengen (des Vormonats Mai 1912) wegen der geringeren Zahl der Arbeitstage (Mai 25, Juni 23½) nicht ganz erreicht worden, wogegen im arbeitstäglichen Durchschnitt gegen den Vormonat beim Gesamtkohlenabsatz eine Steigerung von 210 985 Tonnen auf 214 193 Tonnen und beim Kohlenabsatz für Rechnung des Syndikats von 187 208 Tonnen auf 189 186 Tonnen erzielt worden ist. In beiden Fällen liegen ebenfalls zuvor noch nicht erreichte Absatzziffern vor." Seit dem 1. April sind bekanntlich die Ende Januar beschlossenen Preiserhöhungen für Kohlen, Koks und Briketts in Kraft getreten, so daß die von den Unternehmern versprochene und von den Christlichen erhoffte „Mitbeteiligung" der Bergarbeiter an dem Aufschwung nicht zu knapp auszufallen brauchte. Aber was sind Versprechungen und Hoffnungen im sozialen Kampfe?

Als Spiegelbild der Allgemeinentwicklung können ferner die Eisenbahneinnahmen dienen. Im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres, also in den drei Monaten April bis Juni, hat die Einnahme der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft 590 Millionen oder 39,9 Millionen Mark mehr als im gleichen Zeitraume des Vorjahres betragen. Von der Gesamtsumme kamen 182,6 Millionen Mark oder 10,7 Millionen Mark mehr auf den Personen- und Gepäckverkehr, 375,1 Millionen Mark oder 27,2 Millionen Mark mehr auf den Güterverkehr und 32,3 Millionen Mark oder 1,9 Millionen Mark mehr auf sonstige Quellen. Wenn der letzte eine Monat Juni zum Teil ein abweichendes Bild zeigte, nämlich beim Personen- und Gepäckverkehr ein Weniger (gegen den Juni 1911) von 3,3 Millionen Mark, so wird dies reichlich wieder ausgeglichen durch das Mehr beim Güterverkehr von 11,6 Millionen Mark, bei den sonstigen Einnahmequellen von nahezu 1 Million Mark. Dabei war die vorjährige Sommereinnahme in außerordentlicher Weise dadurch gesteigert, daß wegen der um sich greifenden Trockenheit zahlreiche Transporte von den Wasserstraßen auf die Schienenwege überzugehen begannen. Im preußischen Etat für 1912 ist die Eisenbahnjahreseinnahme auf 2335,4 Millionen Mark bemessen. Die Einnahme eines durchschnittlichen Vierteljahres würde nach der Etatsschätzung demnach 583,9 Millionen Mark ausmachen. Diese Summe ist von der Wirklichkeit im ersten Vierteljahr um mehr als 6 Millionen Mark übertroffen.

Was der Verein Hamburger Reeder in seinem Bericht über die Schiffahrt im Geschäftsjahr 1911/12 (1. Juli 1911 bis 30. Juni 1912) schreibt, fügt sich gleichfalls einheitlich in diesen Rahmen ein. Am offenen Markt ist im Durchschnitt dieses Zeitraumes „eine Steigerung der Frachten eingetreten, die teilweise als sehr beträchtlich bezeichnet werden kann". Der Schiffsbau, England dabei an der Spitze, hat kaum je eine solche Lebhaftigkeit entwickelt, allerdings weniger zur Befriedigung der Reeder, die in dem befürchteten künftigen Ueberangebot von Schiffsraum eine neue Erschütterung des internationalen Frachtenmarktes heraufziehen sehen.

Die Ernteschätzungen bleiben nach wie vor überwiegend günstig. Die Berliner Börse zeigte zuletzt zwar keine weiteren Preisrückgänge und stützt sich dabei auf politische Vorgänge: die etwaige Sperrung der Dardanellenstraße würde die russischen Zufuhren vorläufig abschneiden oder zu beträchtlich verteuernden Umwegen nach den west- und mitteleuropäischen Absatzmärkten zwingen. Dagegen flaute gleichzeitig der amerikanische Getreidemarkt zusehends ab; Septemberweizen ist im Laufe des Juli in Chicago bereits um etwa 11 bis 12 Cents pro Bushel zurückgegangen (Notierung am 20. Juli 93¼ Cents, am 22. Juli 92½ Cents). Am zuversichtlichsten lauten augenblicklich die Nachrichten aus Kanada, dessen Getreideertrag alle bisherigen Ziffern weit überholen soll. Dabei wird noch betont, daß die diesjährige Beschaffenheit des kanadischen Weizens gut und vor allem viel besser sei als im vorigen Jahre, in dem ein großer Teil des Weizens für Müllereizwecke gar nicht verwendbar war. Die Berliner Produktenbörse notierte am 22. Juli Septemberweizen mit *M* 206, Septemberroggen mit *M* 170 bis *M* 171, während nur das letztemal für die Wende vom Juni zum Juli die damals bereits abbröckelnden Preise immer noch mit *M* 2 bis *M* 3 höher anführen konnten.

Dagegen gefiel sich der Zuckermarkt im Juli, besonders in der dritten Juliwoche, in den seltsamsten Sprüngen. Anfangs nach oben, weil man plötzlich die Rekorderwartungen, die auf Preisherabsetzungen hingewirkt hatten, durch pessimistischere Urteile beeinträchtigt sah. Besonders in den leichteren Böden sollte, soweit Deutschland in Betracht kam, die Austrocknung schon verhängnisvoll weit vorgeschritten sein. Dann ließ der Wetterumschlag, der dem größten Teil der deutschen Rübenbezirke zugute kam, die Lage wieder nüchterner betrachten, so daß im großen und ganzen, nach plötzlicher Erhöhung fast aller Termine um nahezu *M* 1 pro Zentner, im wesentlichen der verherige Preisstand zurückkehrte. Der Augusttermin ist wieder von *M* 13,87½ auf *M* 12,60 zurückgeglitten, der Oktobertermin von *M* 11,47½ auf *M* 10,57½. Man darf das als einen mittelhohen Preis bezeichnen, da im überreichem Vorjahre um diese Jahreszeit die Preise rasch auf über *M* 15 und schließlich eine Zeitlang sogar auf mehr als *M* 18 anzogen.

Berlin, 23. Juli 1912. **Max Schippel.**

Politische Umschau.

Vorarbeiten für den Reichstag. — Reichstagsersatzwahlen. — Eine Wahlkampfblamage für die Konservativen. — Die preußische Wahlrechtsfrage und die Konservativen. — Die Scharfmacherei gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter. — Strafrechtliche Bekämpfung „revolutionärer Umtriebe". — Die sozialpolitische Rückständigkeit der Reichsregierung. — Der Fortgang des Weltrüstens.

Auf dem Gebiete der politischen Betrachtung ist vom Reichstage seit seiner bis Ende November dauernden Vertagung nur sehr selten die Rede gewesen. Es hat noch nichts verlautet darüber, ob die Regierung ihm, wenn er wieder zusammengetreten sein wird, Vorlagen von besonderer Bedeutung machen will. Daß der Etat in erster Linie zu berücksichtigen ist, sollte als ganz selbstverständlich gelten. Schon öfter aber und insbesondere auch im Beginn der letzten Session haben sich die verbündeten Regierungen durchaus berechtigte Vorwürfe zugezogen deshalb, weil sie den Etat verspätet vorlegten, woraus sich große parlamentarische Schwierigkeiten ergaben. Zu einer gründlichen Durchberatung dieser überaus wichtigen Gesetzesmaterie, die alle großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen umfaßt, gehört schon lange erheblich mehr Zeit als in den ersten Zeiten des Reiches. Längst ist diese Materie gewaltig angeschwollen; um so mehr hat sowohl das Parlament als auch das Volk ein starkes Interesse daran, daß der Etat sofort beim Beginn der Herbsttagung vorgelegt wird und zur Beratung gelangt. Jetzt verlautet offiziös, daß der Reichskanzler beabsichtige, mit einer frühzeitigen Vorlegung des Etats im Oktober den Wünschen des Reichstages entgegenzukommen. Dieses Entgegenkommen würde eine Ausnahme von der Regel sein, daß die Regierung Wünsche des Reichstags ignoriert. Bei dieser Ausnahme kommt für sie nach der offiziösen Meldung die praktische Erwägung in Betracht, daß sie selbst mit Rücksicht auf den frühen Termin, auf den das Osterfest im nächsten Jahre fällt, ein Interesse daran hat, den Etat in erster Lesung und, wenn möglich, wenigstens zum Teil auch in zweiter Lesung noch vor den Weihnachtsferien durchberaten zu sehen. Das ist allerdings eine ziemlich starke Zumutung, denn bekanntlich wird der Reichstag erst am 26. November wieder zusammentreten, so daß ihm etwa nur 20 Arbeitstage zur Verfügung stehen würden.

Seit dem im Februar erfolgten Zusammentritt des neuen Reichstags sind acht Ersatzwahlen nötig geworden. Die achte Vakanz ist dieser Tage eingetreten mit dem Ableben des elsaß-lothringischen Zentrumsmannes Dr. Will. Er wurde bei den letzten Wahlen im Wahlkreis Schlettstadt mit 8340 Stimmen gegen 4065 sozialdemokratische ohne nennenswerten Wahlkampf gewählt. Der Kreis, der zu 84 pZt. katholisch ist, erscheint dem Zentrum sicher, was natürlich die Sozialdemokratie nicht veranlassen kann, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten und energischer Werbearbeit für diesen abzusehen.

Zunächst hat nun am 5. August die Ersatzwahl in dem bayerischen Wahlkreise Pfarrkirchen stattzufinden. Dieser Kreis war durch einen Bauernbündler vertreten, der bei der letzten Wahl 9882 Stimmen auf sich vereinigte, während dem Zentrum 7722 und der Sozialdemokratie 1228 Stimmen zufielen. Einiges Aufsehen in sozialdemokratischen Kreisen hat es erregt, daß die Leitung der sozialdemokratischen Organisation dieses Kreises die Parteigenossen aufgefordert hat, sich nicht an der Nachwahl zu beteiligen, weil sie erst bei den Hauptwahlen Gelegenheit gehabt haben, ihre Stimmen zu zählen, und weil nach der Lage im Wahlkreise Bauernbund und Zentrum den Kampf auszutragen haben. Es sei, so heißt es in der Erklärung weiter, selbstverständlich, daß die denunziatorische volksfeindliche Zentrumspartei unter keinen Umständen eine sozialdemokratische Stimme erhalten dürfe; es bestehe aber auch keine Veranlassung, den Bauernbund zu unterstützen. Wir halten diese Aufforderung zur Wahlenthaltung für einen politischen Fehler. Die Zahl der sozialdemokratischen Wähler in Pfarrkirchen läßt wohl die Annahme zu, daß sie bei der Ersatzwahl erhöht werden kann. Wahlenthaltungen aus solchen Gründen, wie die hier geltend gemachten, sollten unsers Erachtens für die Sozialdemokratie grundsätzlich nicht Platz greifen.

Für die Konservativen hat sich aus den Reichstagsneuwahlen nachträglich noch eine außerordentliche Blamage ergeben. Bei der Stichwahl im mecklenburgischen Wahlkreise Parchim-Ludwigslust zwischen dem fortschrittlichen Kandidaten Dr. Pachnicke und dem Konservativen Dr. Dade wurden massenhaft Aufrufe auf rotem Papier gedruckt und verbreitet, in denen die Sozialdemokraten ermahnt wurden, ihre Stimmen dem konservativen Kandidaten und nicht dem Freisinnigen zu geben; denn der Freisinn sei der größte Feind der Arbeiterschaft, er habe gegen die Arbeiterversicherung und den Arbeiterschutz gestimmt, von ihm hätten die Arbeiter nichts zu erwarten. Der Freisinn müsse erst heraus aus dem Reichstage, um freie Bahn zu schaffen. Dafür würden die Konservativen im Wahlkreise Rostock dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege verhelfen.

Die sozialdemokratischen Wähler haben sich natürlich nicht zu Helfershelfern der Reaktionsgarde gemacht, vielmehr dem Freisinn zum Siege verholfen. Zunächst logen die Konservativen im Tone höchster sittlicher Entrüstung in die Welt hinaus, daß sie für die roten Stichwahlzettel nicht verantwortlich seien. Es sei ganz ausgeschlossen, daß diese Machinationen von konservativer Seite ins Werk gesetzt worden. Nun aber ist die Sache durch Erklärungen des Herrn Dade aufgeklärt worden. Dieser mustergültige „Ordnungspolitiker" hat unumwunden zugegeben, daß er selbst den roten Aufruf verfaßt und zur Verbreitung gebracht hat. Er behauptet zu seiner Rechtfertigung, daß die Konservativen stets bei jeder Stichwahl versucht hätten, die Sozialdemokraten auf ihre Seite zu ziehen. Wir wissen ganz genau, daß sie diesen Versuch wenigstens bei sehr vielen Stichwahlen gemacht haben, allerdings immer ohne Erfolg. Und diese selben ordnungspolitischen Schufterle haben seit den Neuwahlen monatelang heuchlerisch gezetert über die ehrlichen Stichwahlabkommen, die zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen getroffen wurden!

Die Jämmerlichkeit des politischen Charakters der Konservativen tritt übrigens andauernd in drastische Erscheinung. Ihre Organe, vor allem das Hauptorgan des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitung", sind unausgesetzt bemüht, scharfmacherisch auf die preußische Regierung einzuwirken, daß sie unter keinen Umständen die Hand bietet zu einer Aenderung des über alle Begriffe ungerechten und erbärmlichen Dreiklassenwahlsystems. Zwar muß das Bündlerorgan zugeben, daß in dem im nächsten Jahre zu wählenden neuen Landtage sich eine Mehrheit für eine Reform finden dürfte. Aber gerade deshalb soll die Regierung nach dem Rate des edlen Blattes auf keinerlei Reformvorschläge eingehen, vielmehr festhalten an den bestehenden, total verrotteten Zuständen. Die Regierung aber täte wirklich gut, sich vor solchen Freunden und Ratgebern zu hüten, und auch nicht den Verdacht bestehen zu lassen, daß sie von ihnen beeinflußt werden könnte. Das wird sie allerdings leider nicht tun, denn sie selbst ist nach wie vor offenbar fest entschlossen, der Forderung des Volkes nach seinem Recht nicht Rechnung zu tragen. So haben denn die Reaktionäre es sehr leicht, sich als einflußreiche und bestimmende Ratgeber der Regierung zu gerieren.

Die Scharfmacherei treibt übrigens auch noch sonst allerlei Blüten des reaktionären Geistes. Und daß dieser Geist sich nicht nur auf die Schwarzblauen beschränkt, sondern auch bis in den Liberalismus hinein in gewissen Fragen seine Bekenner hat, dafür liegt ein neuer Beweis vor. Wir haben schon öfter betont, daß der Liberalismus Elemente enthält, die in demselben Maße Feinde des Koalitionsrechts der Arbeiter sind wie die ausgesprochenen Reaktionäre. Die „liberalen" industriellen und kommerziellen Scharfmacher geben in diesem Punkte der Junkersippschaft nichts nach. Jetzt hat auch die aus „liberalen" Männern zusammengesetzte Oberfränkische Handelskammer, gleich andern solcher Unternehmerkörperschaften, mit starker Majorität einen Beschluß gefaßt, worin „Schutz der Arbeitswilligen" in schärferem Maße als seither und das Verbot des Streikpostenstehens gefordert wird. Heuchlerisch erklärt die Handelskammer, daß sie zwar das Koalitionsrecht der Arbeiter „in keiner Weise antasten" wolle, daß jedoch „das Schicksal der deutschen Industrie und das Los der Arbeiter" in hohem Maße davon abhänge, „daß die Lohnkämpfe in ruhigere Bahnen gelenkt werden"!!! So ähnlich hat ja auch der Zentralverband der Industriellen sich schon oft geäußert.

Vorläufig erfüllt es die Scharfmacher mit großer Genugtuung, daß die von der Regierung berufene Juristenkommission, welche den Vorentwurf eines neuen Strafgesetzbuches berät, eine „energischere strafrechtliche Bekämpfung revolutionärer Umtriebe" in Vorschlag gebracht hat. In Zukunft soll nicht nur, wie im bestehenden Strafrecht, die Aufforderung zu politischen Delikten strafbar sein, sondern auch die Aufreizung dazu, die „Aufwiegelung gegen die gesetzliche Ordnung" und „die Verherrlichung begangener Verbrechen", die sogenannte „agitatorische Glorifikation". Die Kommission hat damit der Ankündigung genügt, die Herr v. Bethmann-Hollweg im Dezember 1910 bei der Besprechung der Moabiter Krawalle dem Reichstage machte. Ein Stück Ausnahmerecht gegen die Sozialdemokratie, gegen die freie gewerkschaftliche Arbeiterorganisation, gegen die ganze Arbeiterklasse Deutschlands soll in das gemeine

Strafrecht hineingeschmuggelt werden, wie es schon bei der Umsturzvorlage vom Jahre 1894 beabsichtigt war.

Es werden zwar wohl noch drei oder vier Jahre vergehen, ehe sich der Reichstag mit dem Entwurf des neuen Strafrechts zu beschäftigen hat; aber inzwischen werden die Reaktionäre ganz gewiß fortfahren, auf alle nur möglich, wenn auch noch so offenbar rechtswidrige Vergewaltigung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter durch Polizei und Justiz hinzuwirken. Dem muß die aufgeklärte Arbeiterschaft begegnen durch unermüdliches Wirken für das Erstarken und die Ausbreitung ihrer politischen und gewerkschaftlichen Organisation.

Daß auch die Regierung unablässig darauf bedacht ist, Mittel und Wege zu finden, der großen Kulturbewegung des Proletariats zu begegnen, kann nicht bezweifelt werden. Und in demselben Maße, wie sie der sogenannten „Ordnungspolitik" obliegt, vernachlässigt oder ignoriert sie berechtigte Forderungen, betreffend die Ausgestaltung der sozialpolitischen Gesetzgebung zugunsten der Arbeiter. Kürzlich sollte im badischen Landtag der Minister Freiherr von Bodmann erklärt haben, daß der Bundesrat und der Reichskanzler sich mit der Frage der reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitslosenversicherung befasse. Da wird nun flugs von Berlin aus offiziös erklärt, die Regierung sei nach wie vor weit davon entfernt, auf diese Frage einzugehen. Das ist ohne Zweifel richtig. Hat doch noch vor wenig Monaten der Staatssekretär Dr. Delbrück im Reichstage namens der Verbündeten Regierungen erklärt, daß sie an diese Reform nicht herantreten könne, weil dafür „alle erforderlichen Unterlagen fehlen". Den sogenannten „Umsturz" zu bekämpfen, dazu hat die Regierung immer die erforderlichen Unterlagen, und diese Arbeit nach „altbewährtem" Rezept erfordert allerdings keine sonderliche geistige Anstrengung.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik hat in der letzten Woche das größte Interesse die englische Wettrüstungsaktion in Anspruch genommen. Der deutschen Flottenvermehrung ist England mit einer gleichartigen Vermehrung seiner Flotte gefolgt. Vorläufig soll dieser böse Scherz der Weltgeschichte dem Britenreiche allerdings „nur" 20 Millionen Mark kosten. Aber die Hauptforderungen werden ganz gewiß noch nachkommen. Der englische Marineminister Churchill hat bei dieser Gelegenheit natürlich auch wieder die elende lügnerische Phrase gebraucht, daß es sich bei allen neuen Rüstungen darum handele, den Frieden zu sichern. Die Vertreter der Arbeiterklasse im englischen Parlament haben auf diesen verbrecherischen Unfug die richtige Antwort gegeben, nämlich die, daß die Arbeiterpartei gleich der deutschen Sozialdemokratie alle Ansprüche für Heer und Flotte grundsätzlich entschieden zurückweise. Es kann kein Zweifel darüber walten: wenn die Arbeiterklasse aller Länder sich eint in dem Streben, das weitere Wettrüsten zu verhindern, den herrschenden verderblichen Systemen ein Ende zu machen, um den Krieg zu verhüten und den Völkerfrieden zu sichern; so wird dieses große und schöne Ziel erreicht werden.

Bauarbeiterbewegung.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Das Jahrbuch 1911 wird mit dieser Nummer des „Grundstein" verschickt. Die „Grundstein"empfänger wollen das Buch sofort den Zweigvereinsvorständen aushändigen.

Vom 23. bis 29. Juli haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gesandt:

Alsleben M. 63,44, Achim 100, Aue 617, **Bonn** 779,09, Braunsberg i. Ostpr. 9, Boock i. Pomm. 220,45, Bremen 4000, Bautzen 700, Bargteheide 391,52, Birkenwerder 93,75, Bremerhaven 1000,25, Culmsee 895,38. Cassel 17,60, Coesfeld 17,64, Celle 1434,48, Cammin i. Pomm. 14,80, Colmar i. Elsaß 277,70, Coswig 200, Cöln 17 212,07, Duisburg 4173,16, Dresden 40 347,19, Diedenhofen 116,85, Dießen i. Bayern 12, Dortmund (Kahl) 208,95, Eckernförde 201,75, Ebingen 86,20, Eschwege 347,66, Eichstädt 55,12, Ebstorf 46,80, Erkner 38,10, Erlmühle 22,89, Eschershausen 14,39, Erfurt 750, Freudenstadt 588,09, Freienwalde a. d. O. 317,30, Frankenstein i. Schl. 138,40, Friedeberg i. d. Neumark 123,92, Franzburg i. Pomm. 78,82, Festenberg 158,64, Friedland i. Ostpreußen 56,20, Frankenberg i. Hessen 51,52, Flensburg 250, Geesthacht 413,87, Gottesberg 349,16, Großhabersdorf 217,51, Gengenbach 201,65, Graudenz 843,73, Gummersbach 280,59, Greifenhagen 204,29, Germendorf 130,70, Gera 41,88, Gr.-Ziegenort 285,97, Glückstadt 132,49, Gr.-Schönebeck i. d. M. 22,90, Garmisch 13,52, Gusow 110,21, Gr.-Besten 298,68, Großenhain 420, Göttingen 550, Guben 300, Hamm i. W. 950, Hildesheim 294,74, Hasselfelde 225,96, Hadmersleben 97,11, Holzkirchen 40, Hermsdorf b. Münchehofe 29,35, Harburg 1485,13, Hammelstall b. Jatznick 133,79, Hermsdorf b. Berlin 82,93, Heilbronn 19,40, Hamburg 12000, Hagenau i. E. 195,13, Hettstedt 215,16, Ilmenau 340,68, Kremmen 173,10, Kirchheim i. d. L. 15,12, Kattowitz 1000, Karlsruhe 32, Kissingen 357,70, Lambrecht 107,60, Lübben 327, Limburg 46,39, Luckenwalde 11, Landshut i. Bayern 798,33, Landsberg a. L. 125,36, Lissa i. Posen 19,65, Löbbenau 362,24, Löwen i. Schl. 300, Lindau 450, Landsberg a. d. W. 300, Magdeburg 4926,73, Memmingen 614,58, Münchenbernsdorf 67,10, Moorburg 650,73, Meiersberg 312,23, Miloslaw 97,20, Massow 26,35, Meißen 722,86, Nordheim i. Hannover 77,46, Neuhardenberg 8,28, Norderney 354,19, Neuruppin 804,04, Obhausen 280,85, Oberehnheim 90,60, Oschersleben 161,90, Ostrosnitz 111,27, Oschatz 150, Oberstein 194,11, Pritzwalk 52,24, Pritzerbe 141,82, Prien 66,39, Pegau 165,64, Pfarrkirchen 97,53, Quickborn 184,56, Raguhn 179,74, Rheda 80, Rufach i. Els. 20,61, Rothenburg o. d. Tauber 353,60, Rawitsch 166,53, Radolfzell 122,80, Ronneburg 200, Reichenhall 130, Saarbrücken 2740,80, Schmalkalden 127,07, Sonnenburg 54,22, Schönhausen a. d. Elbe 36,78, Süderbrarup 120, Sensburg i. Ostpr. 213,28, Stuttgart 13 424,68, Strehlen i. Schl. 26,24, Sangerhausen 150, Strasburg i. Westpreußen 281,83, Schöneck 70,87, Spandau 800, Todendorf 105,73, Torgelow 181,67, Tölz i. Bay. 285,97, Trebbin 274,88, Taucha 450, Tirschenreuth 113,43, Ulsar 248,08, Vilsbiburg 132,69, Velden i. Bayern 48,08, Wilsnack 196,80, Wusterhausen 208,15, Willkassen 6,85, Wolfenbüttel 263,88, Waldorf 166,23, Werder 250, Woldegk 60, Witzenhausen 262,96, Ziegenhals i. Schl. 74,39, Zwinge 99,33, Zielenzig 388,38, Zäckerick 114,77, Zittau 2000, Zwickau 2000, Zossen 80,20.

Protokolle.

Bonn M. 4, Frankenberg i. Hessen 1, Garmisch 3, Heiligenthal 1, Hermsdorf b. Berlin 1, Memmingen 4, Tirschenreuth 2,30.

Reichsversicherungsordnung.

Dresden M. 10, Meißen 2.

Kalender.

Bonn M. 10, Hettstedt 1, Pfarrkirchen 10, Rufach 4.

Der große Kampf.

Limburg M. 1, Magdeburg 100.

Die Schwarz-Gelben.

Memmingen M. 2.

Photographische Aufnahmen vom Verbandshaus.

Würzburg M. 2,50.

Ansichtskarten vom Verbandshaus.

Amberg M. 1,80, Hohenwestedt 1,50, Weida —,90.

Futterale.

Bonn M. 25, Bremerhaven 20, Culmsee 2, Cassel 10, Celle 5, Cöln 100, Diedenhofen 10, Duisburg 100, Dresden 150, Gottesberg 3, Großhabersdorf —,40, Gengenbach 3, Graudenz 10, Gummersbach 2,60, Hamm 50, Harburg 15, Hildesheim 20, Ilmenau 7, Landshut 10, Magdeburg 41, Neuruppin 5, Oberstein 2, Pforzheim 50, Rawitsch 2,50, Saarbrücken 40, Stuttgart 100, Strehlen 1, Schliersee 10, Tirschenreuth 4,40, Tölz 10, Wittenberge 2, Willkassen —,40, Ziebingen 6.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Zu den diesbezüglichen Anträgen sind die gedruckten Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Anträgen einzusenden.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 20. bis 26. Juli erteilt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Beruf	Buch-Nr.	Mann oder Frau
Aachen	Franz Kessel	Maurer	128611	Mann
Achim	Karl Behlmer	Hilfsarb.	207727	„
Altdamm	Herm. Eggert	„	170661	„
Berlin	Karl Neuendorf	Putzer	5024	„
„	Robert Liebig	Maurer	242126	„
„	Theodor Fender	Putzer	241821	„
„	Max Ringmann	„	5628	Frau
Bremen	Emil Hoffmann	Hilfsarb.	77519	„
Cassel	Emil Rüdiger	Maurer	97982	„
Delmenhorst	Hinr. Pohlmann	Hilfsarb.	245434	Mann
Dresden	Joh. Niepelt	„	27382	„
„	Ernst Gäbler	Maurer	22565	Frau
„	Emil Lehmann	„	24246	Mann
Duisburg	Gustav Holz	„	169323	„
Düsseldorf	Wilh. Kietzmann	Hilfsarb.	66633	Frau
Forchheim	Konrad Eckstein	Maurer	181254	Mann
Frankfurt a. M.	Joh. Leonhardt	„	244474	„
Frankfurt a. d. O.	Ernst Walter	„	134044	„
Freyhan	P. Wangeringel	„	173894	Frau
Genthin	August Fricke	„	240409	Mann
Goldap	Gust. Walinsky	Hilfsarb.	179469	„
Hadersleben	Ketel Feddersen	Maurer	223978	„
Halle a. d. S.	H. Kohlhardt	„	90245	„
„	Gustav Meyer	„	213033	„
Hamburg	P. Madsen	„	13589	„
„	F. Meins	Rammer	11702	Frau
„	H. Meins	Maurer	18507	Mann
„	Leopold Otto	„	19442	Frau
„	Carl Köhnke	Hilfsarb.	12150	„
Höchstadt	Georg Rost	Maurer	59286	„
Karlsruhe	Joh. Findling	„	240663	Mann
Kiel	L. Eichmann	„	92286	„
Kirn a. d. Nahe	Peter Stallmann	„	244485	Frau
Leipzig	Kurt Ullmann	Hilfsarb.	34190	Mann
„	Carl Wolff	„	33984	„
Liegnitz	Oswald Runge	Maurer	216167	Frau
Löbau	Gust. Melchior	„	216720	Mann
Magdeburg	Herm. Böttcher	Hilfsarb.	73394	„
Mannheim	Wilhelm Schäfer	„	86954	„
Mühlb.-Fichtenb.	Eduard Linge	Maurer	169145	Frau
München	Ferdinand Resch	Hilfsarb.	40094	Mann
Oberberg i. d. M.	August Jürling	Maurer	240935	„
Passau	Alois Eberl	„	183686	„
Pforzheim	Gottfr. Steinbach	„	230125	„
Plauen i. V.	Otto Wolfram	„	101073	Frau
„	Ant. Engerland	„	100309	„
Reichenbach, Schl.	Alfred Marty	Hilfsarb.	174125	Mann
„	Heinr. Bruschker	Maurer	243718	„
Schmiedeberg	Paul Mohaupt	„	217522	„
Schwerin i. M.	Fritz Nether	Hilfsarb.	163388	„
Stettin	August Falk	Maurer	74860	Frau
„	Ferd. Müller	„	74958	Mann
Stuttgart	Friedrich Heim	„	69212	„
Thorn	J. Lewandowski	„	187641	„
Würzburg	Joh. Windisch	Zement	110503	„

Bis zum 30. Juli haben folgende Zweigvereine die Abrechnung für das zweite Quartal nicht eingesandt. **Gau 1.** Bartenstein. — **Gau 3.** Jarmen, Jatznick, Meiersberg, Schievelbein, Tempelburg, Zinnowitz. — **Gau 4.** Kattowitz, Neustädtel. — **Gau 5.** Berlin, Mühlenbeck, Niemegk, Prenden, Storkow. — **Gau 6.** Calbe a. d. M., Staßfurt, Teutschenthal. **Gau 7.** Blankenhain, Sondershausen, Sonneberg, Stadtilm, Wintzingerode. — **Gau 8.** Darmstadt, Frankfurt, Gießen, Heimboldshausen, Röhrda. — **Gau 9.** Bonn. — **Gau 11.** Bockenem, Hannover, Holzminden, Peine. — **Gau 12.** Nordhorn, Schüttorf. — **Gau 13.** Bramstedt, Oldenburg i. H. — **Gau 17.** Abenberg, Höchstadt. — **Gau 18.** Aibling, Altötting, Deggendorf, Dörfen, Fürstenfeldbruck, Holzkirchen, Plattling, Velden. — **Gau 19.** Friedrichshafen, Ravensburg, Schwenningen.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 20. bis 26. Juli sind nachfolgende Mitglieds- bezw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatzbücher dafür ausgestellt:

Buch-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsort	Geburtsdatum	Eintrittsdatum
11075	Albers, Ernst	Altona	24. 3. 80	1. 4. 06
254989	Arps, Johann	Dellingsdorf	3. 4. 89	21. 4. 07
86531	Biedermann, J.	Feudenheim	25. 4. 92	1. 3. 10
0241093	Breitenbach, O.	Plauen	20. 5. 94	28. 2. 12
19590	Brügmann, W.	Hamburg	1. 5. 90	27. 4. 08
266312	Buck, August	Bargfeld	30. 3. 91	17.10.09
0295878	Costantinis, A.	Amaro (Ital.)	7. 10. 84	1. 5. 11
220278	Deiser, Georg	Leisbach	25. 3. 76	29. 5. 04
152617	Fritsche, Paul	Bieberstein	19.12.78	19. 5. 03
170682	Fröhlich, Rich.	Eichhof	12. 1. 81	1. 4. 07
180070	Großmann, K.	Mistelbach	31. 4. 79	1. 10. 07
0285904	Guberi, Simione	Italien	18. 8. 75	13. 7. 12
025378	Hänsel, Gustav	Drellenhain	30. 8. 69	15. 4. 11
0160673	Heine, Wilhelm	Fredelsloh	14. 8. 86	22. 4. 12
0113472	de Henn, Franz	Säffig	9. 3. 86	8. 7. 11
026246	Herold, Leo	Stralsbach	20. 4. 79	1. 3. 11
254990	Heuer, Heinrich	Kleinwesenberg	9. 3. ?	1. 4. 10
183868	Hutter, Sebast.	Waldhausen	7. 1. 77	20.11.04
224108	Jesierski, Josef	Posen	19. 2. 81	23.10.04
120874	Ingerl, Georg	Altthausen	17. 8. 59	1. 1. 10
254991	Kruse, Wilhelm	Bargteheide	30.11.87	5. 5. 05
0123277	Kupitz, Friedr.	Mertenheim	9. 8. 80	13. 3. 12
076987	Kuske, Gustav	Sedschin	19. 6. 91	13. 5. 11
82147	Lang, Carl	Holzhausen	11.10.91	16. 5. 09
117780	Leicht, Gottlieb	Ruit	7. 12. 80	12. 7. 10
214252	Lorber, Oskar	Foschenroda	28. 6. 57	25. 7. 09
020552	Löw, Anton	Kolaschitz	29. 7. 85	2. 3. 11
0164744	Mair, Josef	München	18. 1. 87	13. 2. 12
12050	Neuhoff, Wilh.	Dammbeck	29. 8. 76	1. 1. 06
037772	Nordstema, E.	Pietzel	27. 5. 76	3. 8. 11
221558	Nißel, Georg	Erding	1. 8. 77	14.12.08
6740	Plesar, Alois	Chyjitz (Oesterr.)	6. 4. 81	4. 5. 00
0123915	Pochert, Max	Ponikau	23. 2. 91	10. 7. 11
206369	Rodick, Heinrich	Osternburg	14. 7. 74	15.12.06
266311	Rudat, Carl	Gumbinnen	23.11.87	10. 6. 10
220148	Sammiller, M.	Hiersheim	1. 5. 87	28. 4. 09
0131866	Schmidt, Otto	Bayreuth	18.11.82	8. 10. 11
55971	Schollmeyer, K.	Kostheim	15. 1. 91	20. 3. 10
0201503	Scholz, Gustav	Biebitz	23. 1. 64	18. 5. 12
145937	Schönfelder, A.	Bockma	2. 10. ?	31. 5. 09
041615	Schubert, Max	Weißbach	26.10.73	2. 4. 11
1604	Schult, W.	Wuffsahl	6. 5. 82	8. 8. 10
039682	Sörnsen, Lorenz	Flensburg	26.12.88	8. 3. 11
055798	Staab, Wilh.	Heigenbrücken	5. 3. 94	4. 4. 11
061256	Thiemann, Jul.	Cöln	6. 8. 92	6. 5. 11
243451	Ullermann, R.	Greiz	13.12.90	25. 2. 08
230405	Wilke, Otto	Eichhof	12. 9. 86	25. 7. 05
142305	Wolf, August	Dessau	12.10.91	25. 4. 09
0160297	Wrzyszczynski,	Okollo	11. 6. 88	21. 1. 12
99671	Wüstner, Jul.	Schopfloch	11. 1. 76	1. 4. 02

Den Zweigvereinsverwaltungen zur Beachtung! Der Maurer Franz Gustav Metka, geboren am 30. August 1888 zu Reichenbach i. Vogtl., eingetreten am 17. März 1912, ist von Schramberg unter Zurücklassung seines Mitgliedsbuches abgereist. Da derselbe noch Verpflichtungen in Schramberg zu erfüllen hat, so besteht der Verdacht, daß er sein altes Mitgliedsbuch fahren läßt und sich anderswo aufnehmen lassen wird. Es wird ersucht, ihn zu veranlassen, sein Buch in Schramberg einzulösen.

Gestohlen wurde das Mitgliedsbuch des Bauhilfsarbeiters Otto Knieß (Nr. 0 110 882) aus Würzburg. Es wird angenommen, daß sein Bruder damit reist.

Aufgefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen, wird vom Zweigverein Recklinghausen: August Borchers (Bauhilfsarbeiter), geboren am 31. Oktober 1881 zu Linden bei Hannover.

Gesucht wird wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern vom Zweigverein Weimar: Karl Spiegler, Hilfsarbeiter (Verb.-Nr. 045 800), geboren am 17. Juni 1886 zu Gotha, eingetreten am 30. März 1911.

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

Bebra. Sperre über die Arbeiten der Unternehmer Herbich, Loroy, Weih und Witzel.

Bordesholm, Voorde und Umgegend. Aussperrung.

Borkum. Differenzen.

Brandenburg. Sperre über den Neubau der Landesirrenanstalt.

Bütow. Sperre über die Firma Körner (Norddeutsche Bau-Aktiengesellschaft).

Cöln. Gesperrt sind die Betonarbeiten der Firmen Gebr. Schömer und Hüfer bei der Herstellung des neuen Bahnkörpers, die Erdarbeiten des Unternehmers Besser am Fort Nüssenberg und die Abtragungsarbeiten des Unternehmers Lindemann am Riehlertor.
Dömitz. Sperre über die Unternehmer Holzgreve, Groth und Torney.
Dresden. Sperre über Burmeister & Weiß. (Firma für Kühlanlagen.)
Drossen. Streik.
Eisenach. Sperre über die Firmen Wilhelm Baum und Heinrich Buchenau in Herleshausen.
Eydtkuhnen. Differenzen für Maurer und Putzer bei der Firma Heier.
Forst i. d. L. Streik bei mehreren Firmen.
Giessen. Sperre über die Firma Kröck & Nosseldreher in Heuchelheim.
Gostyn. Streik.
Gräfenthal. Sperre über die Firma Gruber.
Greifswald. Sperre über das Baugeschäft H. Medenwald.
Graudenz. Sperre über den Unternehmer Scharmach aus Schöneck.
Gross- und Klein-Besten. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers A. Wiemann.
Gross-Umstadt. Lohndifferenzen.
Güsten. Sperre über die Firma Burau.
Gützkow. Sperre über die Firma Peters.
Halle a. d. S. Sperre über die Ausschachtungsarbeiten der Unternehmer Schönemann & Schwarz am Steinweg.
Herzberg a. H. Sperre über Kunstin.
Horst i. H. Sperre bei dem Unternehmer W. Schmidt auf Hahnenkamp.
Jarmen. Sperre über die Firma Brandt.
Kellinghusen. Differenzen.
Leipzig. Sperren über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Leutzsch, Hohe Straße, und über die Arbeiten des Unternehmers Munkwitz in Wahren, Heinkstraße, sowie über die Firmen Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweinaundorfer Straße, und Bernhard, Leipzig, Hardenbergstr. 46.
Lyck. Sperre über den Unternehmer Rinio.
Minden. Streik bei der Firma Held & Franke am Bau des Mittellandkanals.
Mülheim-Oberhausen. Sperre über das Stahlwerk Thyssen.
Naunhof. Sperre über Ebert & Hietschold.
Neuhausen i. Erzgeb. Streik.
Neustadt a. H. Sperre über das Asphaltgeschäft von Ludwig Mattern.
Nordenham. Aussperrung wegen Nichtanerkennung des Arbeitsnachweises.
Oberehnheim. Streik.
Obersuhl. Sperre über den Unternehmer Oswald in Dippach.
Osnabrück. Streik im Tiefbaugewerbe.
Pillkallen. Sperre über Kalcher wegen Vertragsbruchs.
Podejuch. Sperren über die Firma Köhnemann.
Pyrmont. Sperre über den Bau des Bismarckturmes.
Rügenwalde. Sperre über die Firma Papenfuß.
Rummelsburg. Sperre über die Unternehmer Ravenhagen, Brambach, Kropp und Julius Dietrich.
Salzwedel. Streik auf dem Neubau der Knochenverwertungsfabrik bei den Unternehmern Meurixe und Frömke.
Schönfliess. Streik.
Schweinfurt. Sperre über die Arbeiten der Eisenbetongesellschaft.
Schwersenz b. Posen. Sperre über die Firmen R. Iwan und A. Höfig.
Sensburg. Streik.
Sorau. Streik.
St. Margarethen. Aussperrung.
Stettin. (Maurer.) Sperre über das Eisenwerk „Kraft" in Stolzenhagen-Kratzwieck.
Stolp i. Pomm. Sperre über Szmigula.
Thorn. Sperre über die Firma Sawatzki aus Briesen.
Vegesack. Sperre über den Abbruch des Unternehmers Meier.
Wählitz. Sperre über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.
Westerstede. Streik.
Ziegenhals. Streik. Zuzug ist fernzuhalten.
Zinnowitz. Sperren über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadewasser, Otto Jähnke, Hermann Schumann, Rudolf Emke und Carl Mädke in Zinnowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Bochum. Sperre über die Firma Werringloer.
Coblenz. Streik.
Dortmund. Sperre über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommereisen in Barop bei Dortmund.
Essen. Sperren über alle Arbeiten der Firma Lange sowie der Zwischenmeister Seinser und Dietrich Kuhn.
Gelsenkirchen. Sperre über die Firma Hünebeck & Co.
Hagen i. Westf. Sperre über die Firma Georg Rüffer.
Hamburg. Sperre über die Firma Aug. Hoehne Söhne.
Mannheim-Ludwigshafen. Sperren über die Firma Fuchs & Priester sowie über den Zwischenmeister Gustav Rost.
Mülheim a. d. R. Sperre über alle Arbeiten der Firma Krämer.
Neustadt a. d. H. Sperre über das Zementgeschäft von L. Mattern.

Gipser und Stukkateure:

Bamberg. Sperre über das Geschäft von Robert Fleischer.
Breslau. Sperre über die Firma Simlinger & Gode.
Bruchsal. Sperre über die Firmen H. Knoch, Franz Glück und E. Rullmann.
Cuxhaven. Sperre über das Geschäft von Brüggemann.
Halle a. d. S. Streik.
Karlsbad i. B. Sperre über die Firma Holub.
Kattowitz. Gesperrt wegen Lohndifferenzen sind die Firmen Beinlich-Gleiwitz, Koppenhöfer-Beuthen, Baron-Königshütte und Pietruschka-Laurahütte.
Konstanz. Sperre über die Arbeiten in der Anstalt Reichenau.
Lörrach. Sperre über die Firma Waßmer.
Mülheim a. Rh. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Vosen.
Schlettstadt. Sperre über die Firma Berttele.
Luzern (Schweiz). Streik der Gipser und Stukkateure.

Isolierer und Steinholzleger:

Barmen. Sperre über die Firma Spilker & Co.
Berlin. (Steinholzleger.) Sperre über die Brandenburgischen Steinholzwerke.
Chemnitz. (Steinholzleger.) Streik bei der Firma Ziegner & Fritzsche.
Cöln. (Steinholzleger.) Sperren über die Eubelit-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkelit-Werke von D. Deppe und Henrichs.
Düsseldorf. (Steinholzleger.) Sperren über Nüßle & Otto, Kettenbeil-Eisenach, Zweiggeschäft Düsseldorf.
Leipzig. Die Firma Brömme ist für Steinholzleger gesperrt.
Nürnberg. (Steinholzleger.) Sperre über die Firma Senferth.

Oesterreich:

Prag. (Isolierer. Differenzen bei der Firma Wurm.
Klattau, Trautenau. Streik.

Arbeitsmarkt.

Ueber die Arbeitsnachweise der Unternehmer in **Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Emden, Flensburg, Nordenham, Nürnberg, Oldenburg i. Gr., Schleswig, Stade, Vegesack** und **Wilhelmshaven** haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

Gau Berlin.

Wie bereits gemeldet, streiken die Maurer und Hilfsarbeiter auf den Neubauten der Landesirrenanstalt bei **Brandenburg**, weil ihnen eine Lohnzulage von 5 ₰ pro Stunde verweigert wurde. Die bauausführende Berliner Firma hat wohl bisher wenig Gelegenheit gehabt, den richtigen Weg aus solchen Situationen herauszufinden, sonst hätte sie nicht jede Verhandlung über die Beilegung der Differenz so schroff abgelehnt. Der Versuch, aus Oberschlesien Akkordmaurer zu beschaffen, ist fehlgeschlagen. Auch die von Berlin eingetroffenen Arbeitswilligen haben am nächsten Tage Brandenburg wieder verlassen, ohne die Arbeit erst aufzunehmen. Jetzt springt als Retter in der Not sogar ein Vertreter der Regierung, der Landesbauinspektor, den bedrängten Unternehmern hilfreich zur Seite und droht mit der Aussperrung bis 12. August und, wenn bis dahin die Streikenden nicht reumütig zurückgekehrt sind, mit der Aussperrung für die ganze Bauzeit der Anstalt. Der Herr Landesbauinspektor sandte der Gauleitung des Bauarbeiterverbandes folgendes Schreiben:

Der Landesbauinspektor. Brandenburg a. d. H., den 26. Juli 1912. Tgb. Nr. 1829/12.

Einschreiben!

An das Komitee zur Durchführung des Streiks gegen die Brandenburger Baugesellschaft Havestadt, Contag & Co. zu Händen des Herrn Silberschmidt, Berlin, Verbandshaus der organisierten Bauarbeiter, Engelufer 11.

Die Brandenburger Baugesellschaft Havestadt, Contag & Co. hat unter dem 9. diesen Monats hierher mitgeteilt, daß ihre Maurer und Arbeiter in den Streik eingetreten sind, da ihnen die geforderte Lohnerhöhung nicht bewilligt werden konnte. Nach Prüfung des Sachverhalts bin ich zu folgendem Ergebnis gekommen, wobei ich nicht versäumen will hervorzuheben, daß die Brandenburger Baugesellschaft aus einigen Mitgliedern der Firma Havestadt & Contag und der Firma Leue, hier, gebildet ist und ihren Sitz in Brandenburg a. d. H., Landesirrenanstalt, hat.

Die Baugesellschaft zahlt: an Postengesellen 60 ₰, an Maurer 55 ₰, an Arbeiter bei den Maurern 45 ₰, an Erdarbeiter 40 und 38 ₰, und gewährt damit keine schlechteren Löhne als sie der hiesige Arbeitgeberverband zahlt.

Ich muß unter diesen Verhältnissen den Streikenden meine Sympathie versagen und werde mich bemüht halten, der Brandenburger Baugesellschaft meine wärmste Unterstützung in dem Streik zuteil werden zu lassen, solange nicht der Nachweis erbracht ist, daß das Unrecht auf ihrer Seite liegt. Der Baudepression wird durch Heranziehung Arbeitswilliger von außerhalb begegnet werden, wie es in einem Falle bereits geschehen ist. Durch öffentliche Sicherheitsorgane wird der Zutritt zur Baustelle den Arbeitswilligen von außerhalb offen gehalten werden. Die hiesigen streikenden Maurer und Arbeiter werden vor dem 12. August d. J. nicht wieder eingestellt. Von diesem Tage ab kann die Arbeit unter den vorerwähnten Bedingungen wieder aufgenommen werden, falls sich jeder schriftlich verpflichtet, bei diesen Löhnen bis April 1913 zu bleiben. Als Endtermin für die Einstellung gilt der 31. August d. J. Wer von den Streikenden sich bis dahin zur Aufnahme der Arbeit nicht gemeldet hat, wird für die ganze Dauer der Bauzeit ausgeschlossen.

Den über 6 km von der Baustelle entfernt Wohnenden wird eine Schlafgelegenheit unentgeltlich bauseitig so lange gewährt werden, wie die Räume entbehrt werden können. Verpflegung kann durch die Baukantine auf Grund eines mit der Landesverwaltung abgeschlossenen Vertrages, dessen Preisverzeichnis hierneben liegt, besorgt werden.

Ich ersuche, dieses Schreiben allen Beteiligten zur Kenntnis zu bringen und darauf hinzuweisen, daß sich die Aussichten auf Winterarbeiten mehren, je schneller der Streik aufgegeben wird.

Bastang.

Preisverzeichnis
gemäß Vertrag vom 3. August 1911 zwischen dem Provinzialverband von Brandenburg und der Schloßbrauerei Plaue a. d. H.

Mittagessen für Schachtmeister, Vorarbeiter usw., ungedeckt, za. 200 bis 250 g Fleisch, je nach Art (Suppe, Fleisch, Kartoffeln, Kompott), ohne Bier	M. —,60
Mittagessen für Arbeiter, ohne Bier, 100 g Fleisch, Hülsenfrüchte und Kartoffeln, alles zusammengekocht, in Eßnäpfen zu 1½ Liter	„ —,45
Bier à Flasche	„ —,10
Malzbier à Flasche	„ —,10
Selterswasser à Flasche	„ —,10
Brause à Flasche	„ —,10
Weißbier à Flasche	„ —,15
Kaffee ohne Zucker und Milch, za. ¾ Liter	„ —,10
Besserer Kaffee mit Zucker, ohne Milch, Tasse	„ —,10
„ „ „ und Milch, „ „	„ —,15
Bier in Gläsern vom Apparat, ¼ Liter	„ —,10

Wurstwaren zum Tagespreise, ebenso Brot und Brötchen.
Zigarren à 5 ₰, 3 Stück 20 ₰, 2 Stück 15 ₰ und à 10 ₰.
Zigaretten à 1, 2 und 5 ₰.

Außerdem werden noch Bedarfsartikel zu bekannten und ortsüblichen Tagespreisen verkauft, z. B.: Lederfett, Schuhcreme, Tinte, Schreibpapier und Kuverts, Kautabak usw. usw.

25. Juli 1912. F. v. A.: Unglaube.

Wir kommen dem Wunsche des Herrn Landesbauinspektors um Bekanntgabe seines Briefes um so lieber nach, als es uns dadurch möglich ist, öffentlich zu zeigen, wie harmonisch auch hier wieder ein Regierungsvertreter mit den bedrohten Unternehmerinteressen Arm in Arm gegen die Arbeiter marschiert. Es war uns schon vom Streik der Bauarbeiter an der Landesirrenanstalt in Sorau her bekannt, daß der Landesbauinspektor immer den bestreikten Unternehmern seine wärmsten Interessen zuwandte und den Arbeitern seine Sympathie versagte. Dort sowohl wie hier hat der Herr immer nur seine Erkundigungen bei den beteiligten Unternehmern eingezogen und daraufhin in der parteiischsten Weise seine Entscheidungen bezüglich der Herbeischaffung von Arbeitswilligen und die Unterbringung der Streikbrecher auf den Anstaltsbauten getroffen. In Brandenburg geht der Herr gleich einen Schritt weiter und bestraft die Arbeiter gleich aus eigener Machtvollkommenheit mit der Aussperrung, wenn sie sich nicht bereit erklären, zu den Bedingungen zu arbeiten, die er für angemessen hält. Wer gibt dem Herrn wohl das Recht, eine Aussperrung zu verhängen, wenn die Arbeiter mit ihren Unternehmern in Differenzen geraten sind? Warum sollen die Arbeiter ihr Wohlverhalten bis zum 31. März 1913 auf einem Revers dem Herrn Bauleiter besonders bescheinigen? Sollten die letzten Rundschreiben des Deutschen Arbeitgeberbundes an die Behörden derartig überzeugend gewirkt haben, daß ihr Vertreter schon jetzt die erbetene Unterstützung probeweise einer unorganisierten Firma angedeihen lassen will? Nach unserer unmaßgeblichen Meinung hat die Bauleitung doch wohl die Aufgabe, die Interessen des Bauherrn, also der Landesregierung, gegenüber dem Arbeitsübernehmer zu wahren. Der Wortlaut des Ultimatums klingt aber so, als ob der Herr Bauinspektor ebenfalls Mitglied der Firma Havestadt, Contag & Co. wäre und deshalb eifrig darauf bedacht sein muß, den Geschäftsvorteil durch möglichst niedrige Lohnsätze zu wahren. Korrekt wäre es gewesen, wenn der Herr sich um den Streit der Parteien gar nicht gekümmert hätte. Wollte er etwas Nützliches tun, dann hätte er Veranlassung nehmen müssen, durch eine Verhandlung zwischen den Parteien den Frieden so bald als möglich wieder herzustellen. Wir zweifeln gar nicht daran, daß der Herr etwas Nützliches schaffen wollte, als er im Waschhause der Anstalt eine Strohschütte auf den Steinfußboden herrichten ließ. Er tat es aber erst, als Streikbrecher kommen sollten. Vorher war es ja auch nicht nötig; denn die organisierten Arbeiter, die bisher auf der Anstalt tätig waren, haben feste Wohnungen in Brandenburg und Umgegend, sodaß sie auf die mehr als primitive Lagerstätte an der Erde verzichten können. Bei der flüchtigen Durchsicht des uns zugesandten Preisverzeichnisses der Kantine glauben wir gefunden zu haben, daß die Arbeiter doch wohl nicht so unrecht hatten, wenn sie unter den besonderen Verhältnissen eine Lohnzulage forderten. Die Vorarbeiter erhalten zum Beispiel laut Liste ein Mittagessen von zwei Gängen, Kompott und Bier für 65 ₰. Die Arbeiter dagegen zusammengekochtes Essen mit nur 100 g Fleisch und Bier für 55 ₰. Daß einviertel Liter Bier und eine Portion schwarzen Kaffees mit je 10 ₰ hoch genug bezahlt ist, leuchtet wohl ein. Selbst das Angebot Lederfett, Schuhcreme und Tinte zu Tagespreisen in der Kantine einkaufen zu können, dürfte unsern Bauarbeitern nicht so verlockend erscheinen, daß sie deshalb auf 5 ₰ Lohnerhöhung verzichten sollten. Vorläufig halten es die vom Herrn Landesbauinspektor Ausgesperrten noch für richtiger, der Sache ruhig ihren Lauf zu lassen. Vielleicht ist trotz der im Briefe enthaltenen Drohung auch dann noch Winterarbeit vorhanden, wenn die Firma die Forderung der Arbeiter bewilligt hat. Bis dahin ersuchen wir alle Maurer und Hilfsarbeiter, den Zuzug nach der Landesirrenanstalt bei Brandenburg fernzuhalten.

Gau Bremen.

In **Osnabrück** werden gegenwärtig Kanalisationsarbeiten in größerem Umfange ausgeführt. Die Arbeiten sind von auswärtigen Firmen übernommen worden, die sich an den Tariflohn nicht gebunden erachten, der für Osnabrück für solche Arbeiten festgesetzt ist. Ganz besonders weigerte sich der Unternehmer Gaus aus Bielefeld, den Tarif anzuerkennen, weil er sich, wie er in den verschiedenen Verhandlungen, die mit ihm geführt wurden, erklärte, doch von den Unternehmern in Osnabrück, die von dem Tiefbau keine Ahnung haben, die Löhne und Arbeitsbedingungen nicht vorschreiben lassen will. Gaus war auch ganz entrüstet, daß die Organisation sich um seinen Betrieb kümmert und nicht zulassen will, daß bei ihm die Arbeitszeit überschritten und 3 bis 7 ₰ unter Tariflohn gezahlt wird. Nachdem man dem Unternehmer etwa drei Wochen Bedenkzeit gelassen hatte, wurde am 16. Juli die Arbeit eingestellt, an der sich außer fünf Heizern und einem Hilfsarbeiter alle übrigen 120 Mann beteiligt haben. Die

Bemühungen des Unternehmers Gaus, Streikbrecher heranzuziehen, sind bisher erfolglos geblieben. So hat er jetzt seine Zuflucht genommen zum Einigungsamt des Gewerbegerichts. Es wird gebeten, den Zuzug nach Osnabrück fernzuhalten. Namentlich die Kollegen in den Grenzstationen werden ersucht, eine sorgfältige Ueberwachung auszuüben und Erd- und Hilfsarbeiter abzuhalten, nach Osnabrück zu fahren.

Gau Bromberg.

Ueber eine erfolgreiche Lohnbewegung unserer Kollegen in **Briesen i. Westpr.** wird berichtet. Nachdem es dank ausdauernder Agitation gelungen war, die Mehrzahl der hiesigen Maurer trotz nationalpolnischer Gegenagitation unserm Verbande zuzuführen, war es uns möglich, an die dringend notwendig gewordene Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse heranzugehen. Am 20. Juni wurden den Unternehmern die Forderungen zugestellt. Die Unternehmer, fuchswild über die Forderung der Maurer, die auf 50 ₰ Stundenlohn und zehnstündige Arbeitszeit lautete, wollten zunächst die Maurer entlassen; sie glaubten wohl, daß damit auch die Bewegung erledigt wäre. Der Maurermeister Zawatzki, der sich auf seinen Baustellen nach der Zugehörigkeit der Maurer zum Verbande erkundigte, erhielt überall zur Antwort: „Alle sind wir Mitglied des Verbandes." Bei dieser Sachlage zogen es die Unternehmer vor, mit uns in Frieden zu verhandeln. Am 2. Juli kam es zur Verhandlung. Die Unternehmer hatten sich inzwischen alle dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angeschlossen. Der nach achtstündigem Verhandeln für die Maurer vereinbarte Vertrag setzt den Stundenlohn auf 45 ₰, die tägliche Arbeitszeit auf zehn Stunden fest. Wenn man bedenkt, daß der Stundenlohn bisher 35 bis 40 ₰ und die Arbeitszeit täglich elf Stunden betrug, ist es ein Erfolg, auf den unsere Briesener Maurer stolz sein können. Dies um so mehr, da der Erfolg ohne daß es zur Arbeitseinstellung kam errungen ist. Das war die erste Frucht unserer wirkungsvollen Agitationsarbeit. Ohne diese beständen auch heute noch die alten jämmerlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Jetzt haben die hiesigen Kollegen die dringende Aufgabe, ihre Organisation auszubauen. Die fast täglich erfolgenden Aufnahmen neuer Mitglieder sind ein gutes Zeugnis für diese Tätigkeit. Wenn im nächsten Jahre den Unternehmern der Kamm allzusehr schwellen sollte, werden wir mit den übrigen Kollegen draußen im Lande Schulter an Schulter für die weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit aller Kraft eintreten.

Wir berichteten bereits, welche klägliche Rolle die katholischen Fachabteilungsmenschen bei dem Streik in **Fraustadt** gespielt haben. Den Unternehmern muß die Hilfe der Fachabteiler aber doch nur als leeres Gerede vorgekommen sein; denn sie haben sich am 19. Juli unter den „Schutz" des Arbeitgeberbundes begeben. Der Arbeitgeberbund, vertreten durch seinen Syndikus Dr. Adler, ist dann auch sofort in Verhandlungen eingetreten, aber nicht mit den in Frage kommenden Organisationen, sondern mit den Fachabteilern, die dann auch einen Vertrag zustande brachten, der nichts mehr als alles zu wünschen übrig läßt. An Lohnzulage gibt es zwar 2 ₰ pro Stunde, dafür haben sie aber für Ueberlandarbeit die Zuschläge von 3 ₰ auf 1½ ₰ (bei einer Entfernung von 7 bis 8 km) herabgesetzt. Da nun die meiste Arbeit gerade in dieser Zone liegt, so beträgt die Lohnerhöhung in Wirklichkeit nur ½ ₰. Laufzeit wird des Montags und Sonnabends je eine Stunde gewährt, wenn die Arbeitsstelle über 15 km entfernt liegt. Auch bei Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind die Zuschläge herabgesetzt. Und dann soll dieser Mustervertrag bis zum 31. März 1913 Gültigkeit haben. Die Streikenden und die zu den neuen Bedingungen in Arbeit stehenden Kollegen haben zu diesen Verhältnissen am 26. Juli Stellung genommen und haben beschlossen, den Streik aufzuheben, denn ein Streik um einen Vertrag von nur einigen Monaten Dauer hat keinen Wert. Bemerkenswert ist die Stellung des Arbeitgeberbundes, der mit einer Gesellschaft verhandelt, mit der er in keinem Vertragsverhältnis steht, dafür aber die Organisationen übergeht, mit der er ein zentrales Vertragsverhältnis eingegangen ist. Glaubt Dr. Adler etwa, die Fachabteiler besser als „Gelbe" für 1913 trainieren zu können? Das braucht er nicht erst, das sind sie bereits. Nur gut, daß die „Führer" ohne Gefolge sind.

Gau Frankfurt.

Im Zweigvereins- und Lohngebiet **Mainz** sind gewaltige Erdbewegungsarbeiten zu erledigen. Den Hauptteil nimmt davon die Entfestigungsarbeit zur Beseitigung des engeren Festungsgürtels um Mainz in Anspruch. Eine Arbeit, die vielleicht vor 25 bis 30 Jahren hätte ihre Erledigung finden müssen, um Mainz die normale wirtschaftliche Entwicklung zu sichern, die ein Ort mit einer so bevorzugten Lage wie Mainz verdient. Die Entfestigungsarbeiten werden hauptsächlich von der Firma Behnke ausgeführt. Diese beschäftigte von Anfang an viele Ausländer. Unter der Gesamtarbeiterzahl von 200, die gegenwärtig beschäftigt wird, befinden sich 100 bis 120 Ausländer: Italiener, Böhmen, Galizier und andere. Es erweckt den Anschein, als wollte die Firma überhaupt ohne hiesige Arbeiter auskommen, um nach ihrem Belieben die Arbeitszeit auf elf bis zwölf Stunden ausdehnen zu können. Auch in der Lohnzahlung bleibt die Firma hinter dem Vertrage zurück, damit der Profit nicht zu kurz kommt. Es ist nun erfreulich, daß sich auch die ausländischen Kollegen in immer größerer Zahl der Organisation anschließen. Durch einmütiges, entschlossenes Vorgehen dürfte die Firma sicher bald zu der Ueberzeugung kommen, daß auch die Erdarbeiter einen angemessenen Lohn haben müssen, um mit ihrer Familie leben zu können. Unsere Kollegen verlangen einen Stundenlohn von 47 ₰. Eine andere Tiefbaufirma, der Unternehmer Datz-Gonsenheim, ist bereits seit 22. Juli gesperrt. Auch hier wird ein Stundenlohn von 47 ₰ gefordert. Herr Datz war seit Jahren als sehr autokratisch bekannt. Tarifverträge konnten mit ihm nicht abgeschlossen werden, weil eine Verhandlung über Lohn- und Arbeitsbedingungen mit Datz unmöglich zu führen war. Früher sagte Datz in der Regel, wenn man mit solchen Anträgen an ihn herantrat: „Das mache ich wie ich will!" oder „Das bestimme ich allein!" Solche und ähnliche Aussprüche waren bei ihm schon zur Gewohnheit geworden. Aber: „Not lehrt beten!" Die Einigkeit der Kollegen am Korpsbekleidungsamt hat Datz zu einer besseren Einsicht gebracht. Am 29. Juli soll eine Verhandlung mit den Vertretern der Organisation stattfinden. Man sieht, es geht auch anders, hoffentlich mit recht großem Erfolg! — Wie uns kurz vor Redaktionsschluß mitgeteilt wird, haben die Erdarbeiter bei der Tiefbaufirma Quirin Datz-Gonsenheim nach sechstägigem Kampf einen vollen Sieg errungen. Am 29. Juli kam zwischen dem Unternehmer Datz und unserer Zweigvereinsleitung eine Einigung dahin zustande, daß der Lohn sofort 46 ₰ pro Stunde betragen soll und vom 1. März 1913 bis 30. April 1914 48 ₰ pro Stunde. Auch alle sonst zum Vertrag gehörenden Fragen wurden erledigt. Die Arbeit wurde am 30. Juli wieder aufgenommen. Dieses ist der erste Vertrag, der für die Erdarbeiter in Mainz geschlossen worden ist; es wird nun an den Kollegen liegen, diesen Vertrag auch strikte durchzuführen und auch die andern Unternehmer des Tiefbaugewerbes zur Abschließung von Verträgen zu zwingen. — In **Frankenberg** (Hessen-Nassau) ist es trotz aller Bemühungen, die Bewegung friedlich zu beenden, nun doch noch zu einem Konflikt gekommen, der zur fast einmütigen Arbeitsniederlegung der Kollegen führte. Vor ungefähr 14 Tagen erklärten sich die Unternehmer bei einer mündlichen Aussprache bereit, die zehnstündige Arbeitszeit zu bewilligen und dementsprechend die Löhne bis auf 45 ₰ zu erhöhen. Als nun am vorigen Montag der ausgearbeitete Vertrag unterschrieben werden sollte, lehnten es die Unternehmer mit allerlei nichtssagenden Einwendungen ab. Es blieb daraufhin nichts mehr übrig, als die Unternehmer durch die Arbeitseinstellung zur schriftlichen Anerkennung zu zwingen. Wir haben nun den Bürgermeister ersucht, die Vermittlung in dem Konflikt zu übernehmen, damit die schwebenden Differenzen geregelt werden. Der Bürgermeister hat sich dazu bereit erklärt und auf den 29. Juli die Unterhandlungen angesetzt. — In Neuhof bei **Fulda** (Kreisgebiet) macht die Firma Sievers-Vienenburg (Harz) mehrere größere Arbeiten. Unsere Kollegen im Fuldaer Zweigverein haben die Gelegenheit benutzt und der Firma Forderungen unterbreitet. Für Maurer wurden 50 ₰ und für Hilfsarbeiter 45 ₰ Stundenlohn verlangt. Diesen Lohn zahlt die Firma auch bei den Arbeiten, die sie im Kaligebiet des Werratals ausführt. Nach einer schriftlichen Mitteilung ist die Firma zu Unterhandlungen bereit.

Gau Hamburg.

In **Kellinghusen** besteht seit dem Jahre 1907 kein Vertrag zwischen den Unternehmern und den Zentralverbänden, weil sich die Unternehmer weigerten, einen solchen abzuschließen. Der Lohn und die Arbeitszeit wurden nach einer gleichlautenden Arbeitsordnung geregelt, die jeder Arbeiter persönlich unterschreiben mußte. Außerdem waren die Bestimmungen der Arbeitsordnung in Form eines Vertrages mit einem Sekretär des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins vereinbart, trotzdem es in ganz Schleswig-Holstein wohl kaum ein viertel Dutzend Mitglieder dieser Organisation gibt, die als Maurer oder Zimmerer arbeiten. Nach beendeter Aussperrung im Jahre 1910 traten die Unternehmer mit dem Wunsche an uns heran, einen Lohn- und Arbeitstarif abzuschließen. Zu den Orten, in denen ausgesperrt wurde, gehört Kellinghusen nicht. Es haben hiernach langwierige Vertragsverhandlungen stattgefunden, die dann im Herbst des Jahres 1911 dadurch ihren Abschluß fanden, daß sich die Parteien einigten, eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter eintreten zu lassen, wie solche durch den Dresdner Schiedsspruch für die Orte festgelegt ist, die sich an der Aussperrung beteiligt haben. Auch in allen übrigen Punkten wurde eine Einigung zwischen den Verhandlungskommissionen erzielt und der definitive Abschluß des Vertrages nur davon abhängig gemacht, daß die Mitgliederversammlungen des Bauarbeiterverbandes und die der Zimmerer ihre Zustimmung geben würden. Wenige Tage nach Schluß der Verhandlungen haben die Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes ihr Einverständnis zu den Abmachungen gegeben und dieses den Unternehmern mitgeteilt. Aber seit dieser Zeit haben die Unternehmer nichts mehr von sich hören lassen, und ein Tarifvertrag ist heute noch nicht abgeschlossen. Der Lohn nebst etwaigen Zuschlägen wird nach den neuen Vereinbarungen gezahlt; ebenso verhält es sich mit der Arbeitszeit. Nur der Unternehmer Evers, der in dem Dorfe Quarnstedt Arbeiten auszuführen hat, weigert sich, den vereinbarten Zuschlag für Ueberlandarbeit zu zahlen. Aus diesem Grunde haben dort drei Kollegen aufgehört, um sich andere Arbeit zu suchen. Die „Arbeitgeberzeitung" machte nun eine wahre Räubergeschichte aus dieser Sache und warnt jeden Unternehmer unter Veröffentlichung der Namen, die drei Kollegen anderweitig einzustellen. Dieses Gebaren der Unternehmer ist schon einmal, als es sich um Bordesholm handelte, vom Zentralschiedsgericht als Tarifbruch bezeichnet worden; aber der Redakteur und Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein, Cornils, kümmert sich um solche Kleinigkeiten nicht. Er macht bekannt, die drei Maurer aus Kellinghusen dürften deshalb nicht eingestellt werden, weil sie den alten Vertrag, der bis zum Jahre 1907 bestanden hat, nicht für sich als verbindlich anerkennen wollen, bis der neue Vertrag unterschrieben ist. Das ist wohl ziemlich das stärkste Stück, das sich Cornils bisher geleistet hat. Seit fünf Jahren hat kein Vertrag bestanden, und wer von den Arbeitern heute diese alten Bestimmungen nicht anerkennt, soll dem Hunger preisgegeben werden. Die Leute sind alle in Arbeit, trotz des Uriasbriefes, der von dem Arbeitgeberverband erlassen wurde. Die Arbeitsstelle des Unternehmers Evers in Quarnstedt ist vorläufig wegen dieser Maßnahmen der Unternehmer gesperrt und wir bitten alle Kollegen, dort nicht in Arbeit zu treten.

Gau Leipzig.

Am 26. Juli ist in **Leipzig**, wie uns der dortige Zweigvereinsvorstand berichtet, der Streik der Fassaden- und Spezialputzer einstimmig beendet worden, nachdem es zu einem Tarifabschluß mit den Spezialgeschäften gekommen war. Am ersten Tage des Streiks bewilligten zwei Geschäfte, so daß 52 Kollegen zu neuen Bedingungen arbeiten konnten. Bis zum 24. Juli war es ferner möglich gewesen, 54 Kollegen in andere Arbeit zu bringen. Acht Kollegen reisen ab, so daß nur noch 144 Kollegen zu unterstützen waren. Die Unternehmer, die Mitglied im Bauarbeitgeberverband waren, sahen ein, daß ihr Schaden von Tag zu Tag größer wurde, erhielten aber trotzdem vom Bauarbeitgeberverband nicht die Erlaubnis, mit uns einen Tarif abzuschließen. Vom Arbeitgeberverband wurden sie vielmehr auf die Verhandlung des Schiedsgerichts vertröstet. Da aber ihnen auch nach der Verhandlung keine Hilfe zu teil wurde, erklärten sie ihren Austritt aus dem Bauarbeitgeberverband und gründeten eine Vereinigung der Spezialgeschäfte. Nunmehr wurden Verhandlungen eingeleitet, die dann auch zu dem obigen Ergebnis führten. Die Firma Otto Schulz, Plagwitz, die vor dem Streik zwei Kollegen beschäftigte, hat sich bis jetzt noch nicht bereit erklärt, den Tarif zu unterschreiben und bleibt daher gesperrt. Das Schiedsgericht, das auf Antrag der Unternehmer entscheiden sollte, daß unser Streik tarifwidrig sei, hat der Ansicht der Unternehmer zugestimmt. Diese Entscheidung ist aber vorläufig ohne Bedeutung, da es trotzdem zwischen beiden beteiligten Parteien zu einem Tarifabschluß gekommen ist. Hoffentlich entscheidet das Zentralschiedsgericht, wenn es von den Unternehmern angerufen werden sollte, in unserm Sinne.

Gau Nürnberg.

In **Forchheim**, wo die Firma Dykerhoff & Widmann am Fabrikneubau Weber & Ott zurzeit die Betonarbeiten ausführt, wurden schon seit einigen Wochen Ueberstunden von unsern Kollegen verlangt, ohne daß für die gemachten Ueberstunden die Zuschläge bezahlt wurden. Dem, der sich weigerte, über die festgesetzte Arbeitszeit hinaus zu arbeiten oder der, die im Tarif vorgesehenen Zuschläge hierfür verlangte, wurde mit Entlassung gedroht, was berechtigte Unzufriedenheit unter den Kollegen hervorrief. Durch einen Vertreter des Gauvorstandes auf ihr vertragswidriges Verhalten aufmerksam gemacht, erklärte sich die Firma bereit, diese Mißstände zu beseitigen und in Zukunft dem Vertrage Rechnung zu tragen. — In **Bayreuth** glaubte die Firma Wölfel, die die Arbeiten an dem dortigen Fabrikneubau ausführt, die beschäftigten Kollegen unter Außerachtlassung aller Bauarbeiterschutzvorschriften zur schnelleren Fertigstellung der ziemlich umfangreichen Arbeit immer mehr in den Schweiß hineintreiben zu müssen, wobei sich wiederholt Unfälle ereigneten. Da auch die Behandlung, insbesondere von seiten der Poliere, unsern Kollegen gegenüber viel zu wünschen übrig ließ, nahmen die auf dieser Baustelle Beschäftigten zu diesen Mißständen Stellung und beschlossen, die sofortige Abschaffung dieser unerträglichen Zustände von der Firma zu verlangen. Die Firma Wölfel erklärte sich beim Vorstelligwerden eines Vertreters dazu bereit. Gleichzeitig wurde bewirkt, daß den älteren und jüngeren Kollegen, deren Lohn nach § 4 der freien Vereinbarung unterliegt, eine teilweise Lohnzulage gewährt wird und auch die Vereinbarung des Lohnes im Sinne des Vertrages erfolgt. — Die Firma Ruffinihaus Eisenbetonbaugesellschaft führt die Arbeiten am Neubau der Celatinfabrik in **Schweinfurt** aus. Neben einer schlechten Behandlung und Prügel, die unsern Kollegen von den Bauführern und Polieren in verschiedenen Fällen zuteil wurden, glaubte die Firma auch den Tarifvertrag nicht einhalten zu brauchen, obwohl sie bereits am 1. Juni durch Beschluß der Schlichtungskommission dazu verpflichtet wurde. Der Spruch hinderte die Firma nicht, aufs neue den Vertrag zu umgehen, unter anderm auch die Maurerarbeiten gegen alle bisherigen Gepflogenheiten im Schweinfurter Baugewerbe in Akkord an die Rimparer Maurer zu vergeben. Zu der Uebernahme haben sich bedauerlicherweise die Rimparer Maurer (auch Mitglieder unseres Verbandes) bereit erklärt bezw. sich selbst angeboten, womit letztere ihr in einer Versammlung gegebenes Versprechen, keine Arbeit in Akkord auszuführen, gebrochen haben. Da sich die Firma durch Nichtbeachtung der Kommissionsbeschlüsse außerhalb unseres Vertrages setzte und die Prügelzucht erneut einführte sowie die Akkordarbeit zur Einführung brachte, so daß von einer Einhaltung des Vertrages keine Rede mehr sein konnte, stellten unsere Kollegen die Arbeit ein. Die Rimparer, die sich durch ihr Akkordverhältnis gebunden fühlten, arbeiteten weiter. Ein Hauptgrund der Arbeitseinstellung war die Maßregelung eines Kollegen, der sich gegen die unter aller Würde stehende Behandlung auflehnte und infolgedessen nicht mehr genug arbeiten konnte. Eine in dieser Sache am 23. Juli stattgefundene Schlichtungskommissionssitzung verpflichtete die Firma, den Kollegen wieder einzustellen und ihren Geschäftsführern die Anweisung zu geben, den beschäftigten Arbeitern eine menschenwürdige Behandlung zuteil werden zu lassen. In nächster Zeit wird erneut eine Sitzung stattfinden, die zur Frage der Akkordarbeit Stellung nehmen wird. — In Marktredwitz (Zweigverein **Hof**), wo zurzeit ein guter Geschäftsgang ist und unsere Organisation in letzter Zeit schöne Fortschritte gemacht hat, beschloß eine gut besuchte Versammlung, den Unternehmern eine Forderung auf tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zugehen zu lassen. Eine Bessergestaltung der Lohnverhältnisse unserer Marktredwitzer Kollegen ist eine unbedingte Notwendigkeit, da Löhne von 28 bis 48 ₰ pro Stunde nicht ausreichen, um den durch die immer teurer werdenden Lebensmittelpreise gestellten Anforderungen gerecht werden zu können. Die erfolgreiche Durchführung dieser Lohnbewegung wird eine weitere Stärkung der Organisation erleichtern.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Briesen i. Westpr. Nach langjähriger, unablässiger Agitation ist es uns endlich auch hier gelungen, den größten Teil der hiesigen Maurer unserm Verbande zuzuführen. Leider sucht aber noch ein kleiner Teil sein Heil in der Polnischen Berufsvereinigung, einer Organisation, die bemüht ist, den polnischen Nationalgedanken in die Kreise unserer polnisch sprechenden Kollegen zu tragen. Damit werden die hiesigen Maurer von der Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen abgehalten und somit schwer geschädigt. Das Nationalgefühl ist für das Streben nach Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen

recht nebensächlich; denn das Unternehmertum sucht die Arbeiter polnischer Zunge genau so auszubeuten wie die deutsch sprechenden. Gerade, weil die polnisch sprechenden Kollegen dem Gedanken der beruflichen Zusammengehörigkeit bisher so schwer zugänglich waren, behandelt das Unternehmertum sie als um so ergiebigere Ausbeutungsobjekte. Seit Jahren schon bestehen in den deutschsprachlichen Gegenden unseres Ostens Verträge im Baugewerbe, welche unsern Mitgliedern ganz bedeutende Verbesserungen gebracht haben. Dagegen fehlt in den polnischen Distrikten fast jede vertragliche Regelung der Arbeitsverhältnisse. Höchstens sind einige kümmerliche Anfänge bemerkbar. Bei solchen Zuständen zersplittern polnischnationale Agitatoren durch ihr unsinniges Predigen des Nationalgefühls noch die Kräfte der Arbeiterschaft. Auch Briesen hat eine überwiegend polnisch sprechende Bevölkerung; das veranlaßt diese „Nucharbeitervertreter", unsere Kollegen zu ködern. Erfreulicherweise gelingt ihnen dieses nur in ganz bescheidenem Maße. Zurzeit haben wir hier unter den Maurern 52 Mitglieder und die Polen 18. Trotz dieser unerfreulichen Begleiterscheinung gingen die Briesener Maurer im Laufe dieses Sommers erfolgreich an die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie unter der Rubrik „Lohnbewegungen" zu lesen ist.

Ungünstige Baukonjunktur in Berlin.

Der Zweigverein Berlin greift nur sehr ungern zu dem Mittel der öffentlichen Warnung vor Zuzug, wenn eine schlechte Baukonjunktur ein Ueberangebot von Arbeitskräften veranlaßt. Die gegenwärtige Lage des Baumarktes zwingt uns aber dazu im Interesse der arbeitslosen Kollegen am Orte sowie der reisenden Kollegen, die auf Erlangung von Arbeitsgelegenheit am hiesigen Platze rechnen. Durch die bis 1907 im Berliner Baugewerbe zu verzeichnen gewesene Ueberspekulation ist die Zahl der leerstehenden Wohnungen rapid gestiegen. Große Arbeiterscharen wurden durch die Gunst der baugewerblichen Konjunktur herangezogen. Viele der zugezogenen stadtfremden Bauarbeiter ließen bald ihre Familien nachkommen, unverheiratete gründeten Haushalte, da ja alle günstigen Vorbedingungen gegeben schienen. Das ergab ein beträchtliches Steigen der Zahl der hier beschäftigten Bauarbeiter. Nach dem Stande der Mitglieder in den Krankenkassen kann mit Sicherheit behauptet werden, daß 1906 im jetzigen Groß-Berliner Vertragsgebiet bis 22 000 Maurer beschäftigt waren. Hierzu die erforderliche Zahl der Hilfskräfte und Angehörige der Spezialgewerbe gerechnet, gelangen wir zu 40 000 bis 45 000 Berliner Bauarbeitern.

Die Bedeutung dieser Zahlen wird erst klar, wenn man ihre Wirksamkeit im Produktionsprozeß berücksichtigt. Als dann 1908 die Bautätigkeit nachließ, machte sich sofort große Arbeitslosigkeit unter diesen Massen bemerkbar, die aber nur wenige zur Abreise bewog. Noch hatten aber die Bau- und Terrainbanken ein erhebliches Interesse an der Aufrechterhaltung eines einigermaßen sicheren Bautzgeschäfts, um den Wert ihres Terrains nicht sinken zu lassen. Mit kleinen Schwankungen hatten wir von 1909 bis 1911 eine mittlere Konjunktur. Im Frühjahr 1912 machte sich der beginnende Niedergang der Konjunktur dadurch unliebsam bemerkbar, daß einige Bau- und Terrainbanken Konkurs machten, wodurch selbst alte, bisher als sicher beurteilte Baugeschäfte ihre Zahlungen einstellten. Was für die Berliner Bauarbeiter aber das schlimmste war, der Spekulationsbau, der mit dem großstädtischen Baugewerbe unzertrennlich verbunden, wurde sehr stark eingeschränkt. Bei dieser Gesamtlage ist es erklärlich, wenn tausende Bauarbeiter arbeitslos sind. Hunderte haben Berlin verlassen respektive haben dem Beruf den Rücken gekehrt. Anzeichen einer Besserung sind nicht zu verspüren.

Darum warnen wir die auswärtigen Kollegen vor dem Zuzug nach Berlin. Auf Arbeitsgelegenheit können sie nicht rechnen. Die Beachtung dieser Warnung liegt im eigenen Interesse jedes Kollegen, denn auf dem bekanntlich sehr teuren Berliner Pflaster sind die letzten Geldmittel sehr bald ausgegeben. Für dieses Jahr ist eine Besserung der Baukonjunktur, wodurch erst mehr Arbeitsgelegenheit entstehen würde, voraussichtlich nicht zu erwarten.

Arbeiter, wie sie nicht sein sollten!

Unter dieser Ueberschrift lesen wir im „Braunschweigischen Volksfreund": „Ein widerwärtiges Schauspiel bot sich gestern mittag den Besuchern des Prinzenpark. Unter dem Schatten der Bäume lagerten sieben, bis acht Bauarbeiter in Gesellschaft mehrerer Kästen Bier und zechten, was das Zeug halten wollte. Gegen das Trinken von Bier im Schatten der Bäume wird natürlich kein vernünftiger Mensch etwas einwenden. Wenn es aber so weit geht, daß die Zecher die so zahlreich umringenden Kinder zum Mittrinken auffordern und dann in trunkenem Zustande mit den Kindern den Sozialistenmarsch „singen", dann hört der Spaß auf. Eine Frau aus Riddagshausen wollte ihren Mann aus der Zechergesellschaft befreien, indem sie ihn bat, mitzukommen. Der Mann wurde aber gegen die Frau und seine beiden weinenden Kinder grob und ausfällig und warf zum Schluß mit einer Bierflasche nach seiner Frau, die ihr zum Glück am Kopf vorbeiflog. Die 40 bis 50 Kinder, welche die Szene beobachteten, gaben dem wackeren „Helden" durch Gelächter Beifall. Die Frau fuhr mit ihren zwei Kindern weinend davon. Die Frauen, welche den ganzen Spektakel mit ansahen, erklärten sogar, dieser Mensch, welcher seine Frau und Kinder derartig vor fremden Personen beleidigte, sei organisiert. Ein höherer Beamter, welcher gerade vorbeikam, als der Sozialistenmarsch gegröhlt wurde, hatte die bezeichnenden Worte: „Das sind keine organisierten Arbeiter". Leider sollen es doch Organisierte gewesen sein, welche sich vor Schulkindern so albern und roh benahmen. Was hätten die zwei Kinder, die mit der Mutter weinend fortliefen, für Freude haben können, wenn das Geld, was über den Durst vertrunken wurde, für die Kleinen verwandt worden wäre. Der Bauarbeiterverband hat noch ein gutes Stück Aufklärungsarbeit zu verrichten."

Wir nehmen hiervon Notiz, da wir glauben, daß diese Schilderung auch außerhalb Braunschweigs Gutes wirken kann.

Zur Fremdenfrage.

Zu den in den Nummern 25 und 28 des „Grundstein" enthaltenen Artikeln, das Verhalten der Fremdgeschriebenen betreffend, schreibt uns ein Mitglied des Freiheitschachtes, daß die zu dieser Verbindung gehörenden fremden Freiheitsbrüder mit den in der Nr. 28 von der Zentralverwaltung des Rolandschachtes veröffentlichten Ausführungen einverstanden seien. Sie, die Freiheitsbrüder, wollen bemüht sein, ein friedliches Verhalten zwischen den Angehörigen der verschiedenen Verbindungen nach Kräften zu fördern, wie solches sich für Mitglieder unseres Verbandes von selbst versteht. Unser Gewährsmann nimmt allerdings für die Angehörigen seiner Verbindung die Rolle desjenigen in Anspruch, dessen Friedlichkeit lediglich durch die Streitsucht des andersfarbigen Nachbars beeinträchtigt wurde. Wenn wirklich die Absicht und das Bestreben, Einigkeit unter den Kollegen zu schaffen, vorhanden ist, so darf man die müßige Frage nach dem Anfänger des Streites wohl auf sich beruhen lassen. Im Interesse der betreffenden Kollegen selbst liegt es, sich eines Verbandsmitgliedern würdigen Betragens zu befleißigen. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen erfordert Einigkeit und solidarisches Verhalten von allen Angehörigen des Verbandes. Davon dürfen auch die Kollegen keine Ausnahme machen, die neben der Verbandsmitgliedschaft noch das Bedürfnis nach Zugehörigkeit zu einer besonderen Verbindung von Berufskollegen haben.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Bauteilstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

*

Arnstadt. Am 24. Juli wurden auf dem Neubau des Hofbaugewerksmeisters Karl Hoy in der Feldstraße durch gegenseitiges Zureichen Steine bis in den vierten Stock geworfen. Hierbei fiel dem Maurer Viktor Großkunz ein halber Stein auf den Kopf; beim Hinfallen trug er noch weitere äußere Verletzungen davon, so daß er ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte. Derartige Unfälle wären zu vermeiden, wenn die Steine getragen würden.

Augsburg. Am 22. Juli wurden dem Kollegen Leonhard Christl, Erdarbeiter am Kanalbau, Firma Edwards Hummel aus München, beim Kippen eines Rollwagens ein Fuß und ein Arm gebrochen. Die Schuld trifft die Bauleitung, indem, wohl mit Rücksicht auf den Profit, nicht für die Bereitstellung einer zum Kippen der Wagen genügenden Anzahl Arbeitskräfte gesorgt wird.

Bayreuth. Am 22. Juli brach der auf dem Fabrikneubau der Eisenbetonbaugesellschaft beschäftigte Arbeiter Adam Gräf das linke Bein. Er geriet, als er Zement holen wollte, unter den einstürzenden Zementstapel. — Am 24. Juli fiel im Sägewerk Mützel dem Kontorlehrling Adam Pötzinger ein Baumstamm auf das rechte Bein, wodurch Pötzinger einen schweren Knöchelbruch davontrug.

Bergen a. Rügen. Am 22. Juli ereignete sich auf dem Friebelschen Neubau, der von den Unternehmern Finn und Klöcker aufgeführt wird, folgender Unfall: Eine freitragende Treppe sollte in der oberen Etage breiter werden als in der unteren. Zu diesem Zweck wurde die die Stufen belastende Wand in der oberen Etage wieder abgebrochen und sollte weiter zurückgesetzt werden; hierbei wurde die Belastung der nicht durch einen Träger unterstützten Stufen unterbrochen. Der Kollege Robert Bing aus Putbus fiel mitsamt dem Treppenlauf, lauter Zementstufen, eine Etage herab. Allem Anschein nach hat er keine allzu schweren Verletzungen erlitten.

Briesen i. Westpr. Am Neubau des Friseurs Makowski in der Schönseerstraße, ausgeführt vom Maurermeister Gaczynski stürzten die Kollegen Müller und Pokorowski von der ersten Balkenlage in den Keller. Ein Balken lag mitten auf einem Fensterbogen, als nun ein Hilfsarbeiter Mörtel in den Mauerkasten warf, gab der Bogen plötzlich nach und die beiden Kollegen sausten samt dem Balken in den Keller. Kollege Müller erlitt Verletzungen am Kopf, Quetschung der linken Brustseite und drei Rippenbrüche. Kollege Pokorowski hat so schwere innere Verletzungen davongetragen, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Bromberg. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 26. Juli am Abbruchbau des Unternehmers Kricks in der Danziger Straße. Dort stürzte plötzlich eine Decke ein und begrub den unten beschäftigten Hilfsarbeiter Adalbert Kanetzki. Der Verunglückte wurde sofort aus den Trümmern befreit. Der herbeigerufene Arzt konnte nur dessen Tod feststellen. Der Unternehmer leitet den Abbruch selbst. Eine bessere Beobachtung geeigneter Vorsichtsmaßregeln wäre sehr angebracht gewesen.

Danzig. (Zahlstelle Pr.-Stargard.) Am Erweiterungsbau des Postgebäudes, Bauausführender F. Münchau, stürzte der Kollege Lingnau infolge eines Fehltritts aus einer Höhe von 6 m herunter. Schwer verletzt wurde er nach dem Krankenhause überführt. Wäre die nötige Schutzvorrichtung vorhanden gewesen, so hätte der Kollege die 6 m nicht herunterfallen können.

Dresden. Beim Abbruch eines Hauses am Lindenplatz in Pieschen, ausgeführt durch die Baufirma Colditz & Kürbis, stürzte der Kollege Hermann Lehmann infolge eines Fehltrittes 5 m hoch ab und zog sich neben verschiedenen Hautabschürfungen eine schwere Verstauchung des rechten Fußes zu, er mußte per Wagen nach seiner Wohnung gebracht werden.

Glauchau. Ein tiefbedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 22. Juli auf dem Neubau an der Ecke der Brücken- und Mauerstraße, indem ein zirka 6 m langes Stück Gesims unterhalb des Daches herabstürzte, das Schutzgerüst durchschlug und dem darunter tätigen Handarbeiter Kühn die Kniescheibe und das Schulterblatt zerschmetterte. Dieses Unglück hätte nicht passieren können, 1. wenn das Gesims beim Mauern nicht leichtsinnigerweise nach vorn gestreckt worden wäre, ohne es hinten genügend zu vermauern; 2. wenn das im ersten Stockwerk befindliche Schutzgerüst etagenweise mit hoch genommen worden wäre, die Entfernung zwischen Gesims und Schutzgerüst wäre dann viel geringer gewesen, was die Durchschlagskraft des fallenden Gesimses bedeutend verringert hätte; 3. wenn die Herstellung des Mörtels nicht direkt unter dem Schutzgerüst, sondern auf dem nur um Straßenbreite entfernten freien Platz erfolgt wäre. Erst kurze Zeit zuvor hatte die Bauarbeiterschutzkommission eine Kontrolle auf allen Bauten vorgenommen und dabei an Ort und Stelle sowie in der Presse Kritik an den vorhandenen Mißständen geübt; die Unternehmer denken aber nicht daran, die Uebelstände zu beseitigen, sondern beschimpfen womöglich die Arbeiter, die um das Wohl und Wehe ihrer Kollegen besorgt sind. Deshalb sollte jeder Kollege mit dazu beitragen, die Unternehmer zur Einhaltung der bestehenden Bauarbeiterschutzbestimmungen zu veranlassen.

Graudenz. Am 20. Juli stürzten die Kollegen Erich Neske und Oskar Gaedtke, die beim Rappen im Dachgeschoß eines neuerbauten Speichers in der Schützenstraße beschäftigt waren, ab. Der ausführende Unternehmer heißt Dombrowski. Die Balkenlagen waren von oben bis unten in dem drei Etagen hohen Speicher unabgedeckt. Die beiden Kollegen haben bedeutende Verletzungen erlitten, der Kollege Gaedtke mußte sofort in das Krankenhaus überführt werden.

Großenhain. Am 15. Juli, nachmittags 2½ Uhr, verunglückten am Umbau Ecke Naundorferstraße und Braugasse der Maurerpolier Krille aus Wildenhain, der Maurer Vetter aus Zschieschen und der Bauarbeiter Schäfer aus Großenhain. Sie waren damit beschäftigt, altes Holz aus einem alten Gesims zu entfernen, als sich plötzlich ein großer Teil des Gesimses vom Mauerwerk löste und unsere Kollegen, das Gerüst auf die Seite schiebend, mit in die Tiefe riß. Sie erlitten sehr erhebliche Verletzungen. Polier Krille und Maurer Vetter wurden in ihre Wohnung und Bauarbeiter Schäfer ins hiesige Krankenhaus transportiert.

Kaiserslautern. Am Umbau des Kurz-, Weiß- und Putzwarengeschäftes S. Fleischmann, Marktstraße, verunglückte der Maurerpolier Kollege Peter Huttenberger dadurch, daß er 2 m hoch zwischen Gerüst und Mauer abstürzte. Er war mit dem Durchbrechen eines Loches beschäftigt, als sich plötzlich das Gerüst von der Mauer loslöste und dadurch der Absturz des Kollegen erfolgte, wobei er sich schwere innere Verletzungen zuzog. Das Gerüst war durch Eisenkloben in altem Mauerwerk befestigt. Mit der Zeit hatte diese Befestigung sich gelöst. Dieser Fall mahnt zur Vorsicht beim Befestigen von Gerüsten an altem Mauerwerk.

Leipzig. Am 20. Juli stürzte Kollege Ullmann von dem Neubau des „Arbeiter-Turnverlag" in der Fichtestraße beim Aufrichten der Nüßstämme zwei Etagen hoch herab. Wegen der erlittenen schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht, starb er dort am andern Tage.

Langenbielau. Am 25. Juli wurde auf dem Neubau der Konsumbäckerei dem Arbeiter Albert Kaderli das rechte Schienbein von einem umkippenden Träger zweimal gebrochen. Der Verunglückte wurde sofort in das in der Nähe befindliche Krankenhaus übergeführt.

Lüdenscheid. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend, 20. Juli, beim Fassadenputz der Bahnbeamtenhäuser in Brügge i. Westf., welche Arbeiten durch den Stukkateurmeister Freund von Lüdenscheid ausgeführt werden. Kaum war das Gerüst an der Hinterfront fertiggestellt (der Hilfsarbeiter hatte drei Sack Sand hinaufgetragen), als es zusammenbrach und drei Stukkateure mit in die Tiefe riß. Der eine war sofort tot, der andere ist sehr schwer und der dritte leicht verletzt. Schuld an dem Unfall ist der durchaus mangelhafte Gerüstbau. Die 10 m hohen Stangen haben beim letzten Bund kaum 5 cm Durchmesser. Auf 8 m Länge lagen nur fünf Netzriegel. Der mittlere Riegel, auf dem die Bretter wechselten, ist gebrochen. Da ein Schutzgerüst ebenfalls nicht vorhanden war, stürzten die Verunglückten 8 m in die Tiefe, wobei sie noch durch die nachstürzenden Rüstbretter schwere Verletzungen erlitten. — Als wir im Juni d. J. um besseren Bauarbeiterschutz petitionierten, antwortete der Herr Amtmann, daß sich im hiesigen Amtsbezirk ein Bedürfnis zum Erlaß besonderer Vorschriften zum Schutze der Bauarbeiter nicht gezeigt habe (sic!). — Am 27. Juli ereignete sich ein furchtbarer Unglücksfall in Schalksmühle. Mit furchtbarem Getöse stürzte das Betondach am Fabrikneubau der Firma Kaiser, ausgeführt von der Firma Feldmann & Co., Lüdenscheid, ein. Mehrere Arbeiter wurden unter den Trümmern begraben. Der Kollege Wüst erlitt einen Schädelbruch, der Polier einen Armbruch und ein Teil der andern dort beschäftigt gewesenen Arbeiter teils schwere, teils leichte Verletzungen. Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt.

Mannheim. Am 25. Juli verunglückte der Maurer Karl Müller von Nekarau am Neubau der Firma Josef Vögele, indem ihm beim Aufrüsten eine Gerüststange von der Schulter fiel und ihm das linke Bein abschlug. Der Verletzte mußte ins städtische Krankenhaus überführt werden. Die Bauausführung hat die Firma Gebrüder Hoffmann.

Oelsnitz i. E. Am hiesigen Neubau des Elektrizitätswerkes stürzte am Montag, 22. Juli, vormittags 10 Uhr, ein Maurer von einem 8 m hohen Gerüste ab; er fiel auf den Polier H., der sich auf dem unteren Gerüst befand, und dann in die Tiefe. Der Verunglückte erlitt Verletzungen am Kopfe und klagte über Rücken- und Seitenschmerzen. Näheres ist über seinen Zustand noch nicht zu unserer Kenntnis gekommen. Der Unfall trug sich beim Heraufziehen der etwa 15 m langen Stangen zu, wobei der Abgestürzte, der mit am Seil ziehen wollte, das Gleichgewicht verlor.

Stuttgart. Am 22. Juli kippte an einem Neubau in der Silberburgstraße eine Aufzugsmaschine über ein etwa 2 m hohes Gerüst. Der die Maschine bedienende Arbeiter wurde mitgerissen und erlitt mehrere Rippenbrüche und andere Verletzungen. Die Schuld an dem Vorfall soll der

Bauleitung beizumessen sein. — An einem Betonbau in der Seidenstraße stürzte am gleichen Tage ein Zementeur in eine etwa 4½ m tiefe Baugrube. — An dem Neubau beim Kernerplatz fiel einem Tagelöhner beim Abladen eines Eisenbalkens eine Winde auf die rechte Hand. Er zog sich eine bedeutende Wunde zu. — Am 24. Juli entstand an einem Motor am Bahnhofserweiterungsbau Kurzschluß. Durch die Stichflamme erlitt ein 20 Jahre alter Arbeiter im Gesicht und an den Händen erhebliche Brandwunden. — Am gleichen Tage stürzte an einem Umbau der Militärstraße eine Erdwand ein. Ein 59 Jahre alter Maurer wurde verschüttet. Der Verletzte ist kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus gestorben. Mehrere Arbeiter waren mit Unterfangen einer Grenzmauer beschäftigt. Die Baugrube war etwa 5 bis 6 m tief; die unterhauene Erdwand war 2½ bis 3 m lang. Der Polizeibericht sagt, die Schuld soll der Bauleitung beizumessen sein. — Am Betonbau in der Seidenstraße wurde am 25. Juli einem Hilfsarbeiter durch ein Einschalstück der linke Unterschenkel abgeschlagen. Nachmittags stürzte ein Arbeiter in das Untergeschoß. Er zog sich einen Bruch des rechten Achselstegs zu. Beide Verletzte mußten nach dem Spital gebracht werden. — Der allgemeine Geschäftsgang ist hier etwas flau. Arbeitskräfte sind genügend zur Verfügung. Die Herren Aktionäre brauchen Dividenden, deshalb muß im Galopptempo gearbeitet werden. Was kümmert es die Kapitalisten, ob und wieviel Arbeiter an Leben und Gesundheit Schaden leiden!

Ziebingen. Am 22. Juli verunglückte unser Hilfskassierer Gustav Hübner während des Richtens einer Scheune. Er war unten im Bau beschäftigt, als die Zimmerleute das Holz hinaufschafften. Eine Abdeckung war nicht vorhanden und so wurde unser Kollege von einem vom Kehlbalken herabfallenden, etwa 4 m langen Brett am Kopf getroffen und schwer verletzt. Er wurde nach dem Lutherstift in Frankfurt a. d. O. transportiert, wo sofort eine Operation vorgenommen wurde. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Der Unfall wäre vermieden worden, wenn eine Abdeckung vorhanden gewesen wäre. Aber die Sucht nach Profit läßt es nicht zu, von dem etwa 20 Minuten entfernten Zimmerplatz eine Fuhre Bretter heranholen und eine ordnungsmäßige Abdeckung über den gefährdeten Arbeitsplätzen herstellen zu lassen.

Zentralkrankenkasse.

In der Woche vom 21. bis 27. Juli sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Hamburg M. 500, Meiersberg 500, Düsseldorf 350, Bargteheide 820, Bernau i. M. 300, Erkner 300, Geesthacht 300, Aumund 250, Eckarlshausen 213,60, Bielefeld 200, Lehnin 200, Nienstedten 200, Rudolstadt 200, Saarmund 200, Trebitz a. d. E. 200, Fehrbellin 174, Hagen i. W. 170, Halbe M. 150, Ueckermünde 150, Altensbrunslar 100, Düben a. M. 100, Dessau 100 Ebergötzen 100, Groß-Wartenberg 100, Hamm i. W. 100, Königsberg i. Pr. 100, Lübben i. d. L. 100, Neuenhagen 100, Ohlau 100, Wilhelmsburg a. d. E. 100, Zwenkau 100, Hundsfeld 93,90, Kirchenwärder 58,65. Summa M. 6230,15.

Zuschüsse erhielten: Friedenau M. 300, Würzburg 200, Mombach 75. Summa M. 575.

Altona, 27. Juli 1912.

Fr. Kläschen, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantworten wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Rückporto beigelegt ist.)

* Mehrere Einsendungen mußten wegen Raummangels für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

J. J. in Essen. Eine Technikerzeitung für das Maurerhandwerk ist uns nicht bekannt. Die „Deutsche Techniker-Zeitung", die vom Deutschen Technikerverband herausgegeben wird, ist für alle technischen Berufsstände bestimmt. Abbildungen von Grundrissen, Fassaden usw. bringen die Unterzeitungen regelmäßig.

J. L. in Gerau. Wahrscheinlich meinst Du die „Baugewerkschaft". Diese kostet pro Quartal M. 2, unter Kreuzband zugesandt M. 2,40.

Wiesbaden, Stukkateure. Die Versammlungsanzeige kam zu spät.

Rheinbabenkolonie. Nein, diese Kirche gehört nicht zu St. Pauli.

Anzeigen.

☛ Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Strassburg i. Els.

Zum ersten Vorsitzenden des Zweigvereins Straßburg wurde Kollege **Bernhardt-Pforzheim** gewählt. Allen Bewerbern für ihre Mühe besten Dank. Bis zum Antritt der Stelle durch den Kollegen Bernhard am 1. Oktober 1912 sind alle Zuschriften an den Kollegen **Anton Wagner, Straßburg i. Els.**, Helenengasse 14, 1. Et., zu richten.

[M. 2,70] **Der Zweigvereinsvorstand.**

Martin Christiansen, fremder Maurer aus **Wilhelmshaven**, wo steckst Du? Sende Deine Adresse an **Karl König**, fremder Maurer, **Oldenburg i. Gr.**, Kurwiekstr. 2. [M. 1,20]

Franz Huse (Verb.-Nr. 16767) wird dringend ersucht, wegen einer wichtigen Angelegenheit seine derzeitige Adresse an **Georg Feierabend, Gelsenkirchen**, Grenzstr. 140, gelangen zu lassen. [M. 1,50]

Der Vorstand des Zweigvereins Gelsenkirchen.

Sterbetafel.

Aschaffenburg. (Zahlstelle Mainaschaff.) Am 19. Juli starb unser Kollege **Josef Schmitt** im Alter von 30 Jahren an Lungenschwindsucht.

Auerbach-Falkenstein i. V. Am 23. Juli starb der Kollege **Josef Bartik** im Alter von 45 Jahren. — Am 23. Juli starb der Kollege **Emil Wappler** im Alter von 42 Jahren.

Augsburg. Am 27. Juli starb unser Kollege **Josef Brugguer** im Alter von 64 Jahren an Lungenleiden.

Berlin. Am 19. Juli starb unser Mitglied **Theodor Fender** im Alter von 53 Jahren an Rückenmarksleiden. — Am 22. Juli starb der Kollege **Karl Neuendorf** im Alter von 56 Jahren an Leberleiden. — Am 22. Juli starb unser Mitglied **Adolf Patting** im Alter von 67 Jahren an Schüttelähmung. — Am 25. Juli starb der Kollege **Heinr. Jachmann** im Alter von 56 Jahren an Lungenentzündung.

Borsdorf. Am 15. Juli starb unser Kollege **Altner** im Alter von 48 Jahren an Magenkrebs.

Bromberg. Am 26. Juli starb unser Mitglied **Adalbert Kanetzki** im Alter von 44 Jahren infolge eines Unfalles auf der Baustelle.

Buxtehude. Am 26. Juli starb unser Kollege **Heinrich Nibbe** im Alter von 44 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Cuxhaven. Am 22. Juli verschied nach kurzem Krankenlager unser treuer Kollege **Ernst Hartmann** im Alter von 26 Jahren an Darmverschlingung.

Chemnitz. Am 28. Juli starb unser Kollege **Franz Hammer** im Alter von 29 Jahren an Blutvergiftung.

Cöln. Am 29. Juli starb unser Kollege **Josef Walkenbach** an Leberleiden.

Dresden. Am 16. Juli starb unser Kollege **Emil Lehmann** aus Wölkau im Alter von 46 Jahren an Zuckerkrankheit. — Am 19. Juli starb der Kollege **J. Nippelt** im Alter von 51 Jahren an Hitzschlag.

Eisenach. (Zahlstelle Sallmannshausen.) Am 27. Juli starb unser Kollege **Karl Braun** im Alter von 46 Jahren an Halsleiden.

Forchheim. Am 19. Juli starb unser Kollege **Konr. Eckstein** im Alter von 25 Jahren an Kehlkopfleiden.

Frankfurt a. M. (Zahlstelle Kaichen.) Am 25. Juli starb unser treuer Kollege **Johannes Kalbhenn** im Alter von 20 Jahren infolge eines Unfalles an Blutvergiftung. — (Zahlstelle Groß-Krotzenburg.) Am 28. Juli fand unser Kollege **Ludwig Hain** im Alter von 22 Jahren den Tod durch Ertrinken.

Frankfurt a. d. O. Am 21. Juli starb unser Kollege **Ernst Walter** im Alter von 27 Jahren an Gehirnhautentzündung.

Goldap. Am 20. Juli starb unser treuer Kollege **Gustav Walinski** im Alter von 27 Jahren infolge eines ihm am 13. Juni von einem Eisenbahnbeamten zugefügten Messerstichs.

Hildesheim. Am 18. Juli starb infolge eines Unfalles der Kollege **Berhard Gauert** im 47. Lebensjahre.

Karlsruhe. (Zahlstelle Daxlanden.) Am 20. Juli starb unser Kollege **Joh. Findling** im Alter von 63 Jahren an Gicht.

Krakow. Am 23. Juli starb nach langem, schwerem Leiden unser Kollege **Fritz Weltrien** im Alter von 30 Jahren.

Lehnin. Am 24. Juli ertrank der Kollege und Hauskassierer **Gustav Schulze** aus Nahmitz im Alter von 19 Jahren beim Baden.

Löbau. Am 14. Juli starb unser Kollege **Karl Gustav Melchior** im Alter von 56 Jahren an Lungenleiden.

Magdeburg. (Zahlstelle Olvenstedt.) Am 19. Juli starb in der Heilstätte Lippspringe der Kollege **Hermann Böttcher** im Alter von 35 Jahren an Lungenleiden.

Neubrandenburg. Am 21. Juli starb unser Kollege **Aug. Wolff** im Alter von 51 Jahren an Herzschwäche.

Nürnberg-Fürth. (Zahlstelle Lauf a. Holz.) Am 24. Juli starb unser Kollege **Georg Schmitt** im Alter von 44 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Oldenburg i. Gr. Am 22. Juli starb unser Kollege **Wilhelm von Daak** im Alter von 57 Jahren.

Ostrosnitz. Am 21. Juli starb unser Kollege **Karl Pospiech** im Alter von 47 Jahren an Herzschwäche.

Reichenbach i. Schl. Am 17. Juli starb unser Kollege **Heinrich Bruschker** an Schwindsucht. — Am 21. Juli starb der Kollege **Alfred Marty** an Magenkrebs.

Schleiz. Am 18. Juli ertrank unser Kollege **Paul Rüdiger** aus Oschitz im jugendlichen Alter von 20 Jahren beim Baden.

Schleswig. Am 21. Juli starb unser Mitglied **Klaus Matthiesen** im Alter von 49 Jahren an Starrkrampf. — Am 25. Juli starb unser Mitglied **Niels Anderson** im Alter von 83 Jahren.

Senftenberg. Am 18. Juli starb unser Kollege **Franz Pawlak** im Alter von 19 Jahren infolge Unfalles.

Spandau. Am 27. Juli starb unser langjähriges Mitglied **Anton Sulinski** im Alter von 54 Jahren.

Sprendlingen. Am 14. Juli starb unser treues Ehrenmitglied **J. Leonhardt** im Alter von 70 Jahren.

Stuttgart. Am 21. Juli starb unser Kollege **Friedr. Heim** aus Grötzingen im Alter von 27 Jahren an Lungentuberkulose.

Thorn. Am 19. Juli starb nach langem, schwerem Leiden unser treuer Kollege **Joh. Lewandowski** an Lungentuberkulose.

Werdau. Am 10. Juli starb unser Kollege **Richard Käppel** aus Teichwolframsdorf im Alter von 54 Jahren an Lungenleiden. — Am 21. Juli starb unser Kollege **Herm. Dürschmidt** aus Langenbernsdorf im Alter von 62 Jahren an Magenkrebs.

Ehre ihrem Andenken!

Leo Gerbsch, Maurer, geboren am 1. Juni 1872 zu Golmütz, wird gesucht. Wer seine Adresse weiß, wolle diese umgehend mitteilen an **W. Stamm, Gladbeck**, Flügelstr. 5. [M. 1,50]

Der Vorstand des Zweigvereins Gladbeck i. W.

Lahr.

Sonntag, den 4. August, nachmittags 2 Uhr beginnend, feiern die in unserm Zweigverein vereinigten Bauarbeiter ein

Großes Sommerfest.

Das reichhaltige Programm bietet u. a.: **Konzert, Gesang, komische Vorträge, Glückshafen und Ball.**

Eintritt 10 ₰.

Alle Kollegen aus nah und fern sind freundlichst eingeladen. [M. 3,60] **Die Festkommission.**

Preetz.

Sonntag, den 11. August:

Fahnen-Weihe

bestehend in

Festzug, Weihe der Fahne, Konzert und Volksbelustigungen für alt und jung auf dem Festplatze.

Abends 8 Uhr:

Einmarsch nach den Festsälen „Tonhalle" und „Elisium".

Daselbst: ☛ **BALL.** ☚

Aufstellen zum Festzug 2½ Uhr bei **M. Gölling**, Gaßstraße.

Alle umliegenden Zweigvereine sind hierzu freundlichst eingeladen. [M. 5,10] **Das Festkomitee.**

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorsitzender, K Kassierer, L Verkehrslokal, H Herberge, Rz Reisezeitunterstützung wird ausgezahlt bei).

Kempten i. Allgäu. V Donatus Sulzenbacher, Klostersteig 42.

Steinkirchen b. Lübben. K Max Wunderlich, Schmale Straße 3.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Versammlungen der Zweigvereine.

Sonnabend, den 3. August.

Elmshorn. Abends 8 Uhr in der Herberge.

Sonntag, den 4. August.

Cüstrin. Nachm. 3 Uhr. Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Dreetz. Nachm. 3 Uhr bei Dibbert.

Gransee. Nachm. 3 Uhr im Frankschen Lokal. T.-O.: Abrechnung vom zweiten Quartal. Verschiedenes.

Merseburg. Nachm. 3 Uhr in der „Kaiserhalle".

Rastenburg. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal. T.-O.: Abrechnung vom zweiten Quartal: Verschiedenes. Bücher mitbringen.

Ribnitz. Nachm. 2 Uhr bei Potenberg.

Salzwedel. Nachm. 4 Uhr bei Konr. Blank. T.-O.: Aufnahme eines Ausgeschlossenen. Unterstützung einiger Kollegen. Kartell- und Quartalsbericht. Verschiedenes.

Wilster. Nachm. 2 Uhr im Bobermannschen Lokal. Mitgliedsbücher mitbringen.

Dienstag, den 6. August.

Nürnberg. (Fliesenleger.) Abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Neue Gasse.

Sommerfeld. Abends 7 Uhr im „Kurfürsten".

Donnerstag, den 8. August.

Glogau. Abends 8¼ Uhr im „Ratskeller". Referent anwesend.

Sonntag, den 11. August.

Berlin. (Staker.) Vorm. 10 Uhr im „Englischen Garten" (Hoffmann), Alexanderstr. 27c. Wichtige Tagesordnung.

Memmelsdorf. Nachm. 3 Uhr in Weichendorf. Referent anwesend.

Zentralkrankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 4. August.

Berlin-Lichterfelde. Vorm. 10 Uhr im Lokale von Ernst Richter, Chausseestraße 104. T.-O.: Quartalsabrechnung. Kassenangelegenheiten. Verschiedenes.

Freitag, den 9. August.

Wittenberge. Abends 8 Uhr bei Traugott Schulz, Steinstraße.

Mittwoch, den 21. August.

Berlin. Abends 8 Uhr im Saal 3 des Gewerkschaftshauses. T.-O.: Kassenbericht vom zweiten Quartal. Wahl der Hilfskassierer. Kassenangelegenheiten.

Verlag: Deutscher Bauarbeiterverband (Gust. Behrendt), verantwortlicher Redakteur i. V.: A. Ellinger, Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co in Hamburg.